Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29. Dienstag, den 4. Februar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Spiel mit dem Feuer.

In der offiziösen Presse hat man die Kriegsgefahr, die anläßlich des Marokko-Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich bestanden hat, stets als sozialdemokratische Rederei gegen die vortreffliche Weltpolitik Deutschlands hingestellt. Man hat stets abgestritten, daß zwischen Frankreich und Deutschland irgend welche ernsthaften Differenzen bestehen, die zu einem Kriege zwischen beiden Mächten führen könnten. Die Sozialdemokratie Deutschlands und Frankreichs hat die offiziösen Beschwichtigungsversuche stets gebührend eingeschätzt.

Nach den letzten Verhandlungen über die Marokkofrage in der französischen Kammer aber macht das radikale Blatt „Action“ nunmehr aufsehenerregende Mitteilungen, die nicht nur das bestätigen, was die sozialdemokratische Presse von Anfang an behauptete, sondern darüber hinaus noch interessante Einzelheiten zu Tage fördern. Das Blatt schreibt:

Anfang Juni 1905 beschied der Deutsche Kaiser den italienischen Botschafter in Berlin in seinen Palast und sagte ihm: „Ich weiß, daß der Minister des Äußeren der französischen Republik, Herr Delcasse, seit mehreren Jahren über ein Defensiv- und Offensivbündnis mit der englischen Regierung verhandelt. Diese Verhandlungen werden durchaus geheim gehalten. Nur Herr Loubet und Herr Delcasse kennen sie in Frankreich. In Deutschland gibt es auch jemand, der sie kennt, das bin ich. Ich habe alle Einzelheiten dieser Verhandlungen verfolgt und werde genau den Tag wissen, da die Unterschriften dieses Vertrages ausgetauscht werden. An jenem Tage werden die Truppen des Deutschen Reiches in Lothringen einrücken. Der Deutsche Kaiser fügte hinzu, diese Mitteilung enthalte nichts, was geheim gehalten werden müßte, und er diktierte ihr Resüme dem Botschafter. Dieser benachrichtigte seinen Minister, Herrn Tittoni, auf der Stelle, und Herr Tittoni hielt es für seine Pflicht, gleichfalls unverzüglich den französischen Botschafter in Rom, Barrere, von dieser Unterhaltung in Kenntnis zu setzen, worauf der Botschafter den Text der kaiserlichen Erklärung sowohl seinem Vorgesetzten, Herrn Delcasse, als auch dem Ministerpräsidenten Herrn Rouvier telegraphierte.

Herr Rouvier berief unverzüglich den Ministerrat ein. Er ergriff zuerst das Wort, teilte dem Ministerrate die Depesche Barreres mit und forderte Herrn Delcasse auf, eine Erklärung über die Depesche abzugeben. Herr Delcasse gestand englisch-französische Verhandlungen und das Projekt eines Offensiv- und Defensivbündnisses zu. Darauf sagte Herr Rouvier sehr bleich, die Hände auf den Tisch gestützt, den Oberkörper nach vorn gebeugt, Herrn Delcasse einige schneidende Worte, die diesen verurteilten, weil er seinen Kollegen einen Vertrag verheimlicht habe, der eine Kriegsdrohung für das Vaterland bedeutete. Herr Delcasse suchte in einem sehr langen Plaidoyer die Politik zu rechtfertigen, die er unter der gefälligen Aufsicht Herrn Loubets befolgt hatte. Diese endlose Apologie, die von seinen Kollegen unter eisigem Schweigen angehört wurde, endete mit einem Tränenausbruche Delcasses. Herr Rouvier sagte dann: „Es handelt sich jetzt nicht um Tränen, sondern um Taten. In einer halben Stunde haben sie entweder dem Präsidenten der Republik ihre Entlassung eingereicht, oder das ganze Kabinett zieht sich zurück!“ Der Ministerrat endete mit tiefer und schweigender Aufregung aller anderen Minister, von denen keiner das Wort ergriff. Eine halbe Stunde später war Herr Delcasse nicht mehr Minister des Äußeren.

Nach demselben Blatte soll in dieser denkwürdigen Sitzung Herr Rouvier seinem Kollegen Delcasse folgende Worte ins Gesicht geschleudert haben: „Ihre Haltung ist die eines Verbrechers und Sie verdienten es, an die nächste Mauer gestellt und niedergeschossen zu werden.

Soweit die „Action“ und die „Aurore“, das Blatt, welches Clemenceau bis zu seiner Berufung als Ministerpräsident selbst geleitet hatte, kennzeichnet die Marokko-Politik in folgender Weise:

Herrn Delcasse war es durch eine geschickte Diplomatie, vornehmlich aber unterstützt durch das Zusammentreffen seiner Pläne mit den Interessen einer großen Macht gelungen, Deutschland fast gänzlich zu vereinsamen, es von allen Seiten einzuengen. Er sagt uns heute, daß jede seiner neuerworbenen Freundschaften, jedes seiner neuen Abkommen ein Schritt zu unserer Befreiung war, eine Bürgschaft des Weltfriedens. Wir antworten: Ja, wenn Herr Delcasse nicht andererseits gezeigt hätte, daß er sich jedem Gedanken freundschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Berliner Kabinett verschloß, und daß seine Pläne es von der internationalen Politik ausschlossen. Bei der Rückkehr aus Rußland erhielt er vom Kaiser die Einladung, in Berlin seine Reise zu unterbrechen, um mit ihm zu reden: er ließ antworten, daß er dazu keine Zeit habe. Der Theatercoup der Reise Wilhelms II. nach Tanger, die entschlossene Haltung Deutschlands, die Delcasse heute für „Bluff“ zu halten sich anstellt, alles das wollte sagen: „Kein Mißverständnis: wir haben eine Frage miteinander zu regeln. Wenn ihr darüber reden wollt, so mögen wir es sofort tun. Wenn aber, wie es scheint, das Ziel eurer Politik ist, uns einzuschüchtern, dann also laßt uns schlagen, aber auch sofort. Wir werden nicht warten, bis ihr euer Netz von Bündnissen befestigt habt.“

Heute verlautet, daß Delcasse sogar in Italien Anbandelungsversuche gemacht hat, derart, daß der italienische Minister des Auswärtigen erklären mußte, was Delcasse von ihm verlange, sei ein Bruch des Dreibundsvertrags.

Aus alledem geht hervor, daß die Situation zwischen Deutschland und Frankreich damals beim Marokkokonflikt eine für den Weltfrieden äußerst gefährliche war und daß die Sozialdemokratie recht daran getan hat, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß der Diplomatie auf die Finger gesehen und das gräßlichste Unglück noch vermieden wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Niederlage des Reichsschatzsekretärs.

In der Reichstagskommission, die über die Brüsseler Zuckerkonvention beriet, hat der Reichsschatzsekretär sich am Freitag, wie schon aus dem Telegramm in der Sonnabend-Nummer zu ersehen, eine Niederlage geholt. Der Antrag der Konservativen Schwerin-Löwitz und Genossen macht die Annahme der Zuckerkonvention von der Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 Mk. auf 10 Mk. abhängig. Aus welchen Gründen die Agrarier die Forderung stellen, haben wir jüngst dargelegt. Herr v. Stengel erklärte namens der Reichsregierung, daß er in dem Antrag Schwerin ein Mißtrauen gegen die feierlichen Erklärungen der Regierung erblicken müsse, das verletzend wirke. Ihm sei nicht bekannt, daß die Reichsregierung seit 25 Jahren jemals eine Zusage nicht gehalten habe. Dies gelte auch hinsichtlich der im Jahre 1902 gemachten Versprechung auf Herabsetzung der Zuckersteuer. Diese Erklärung hätte eine günstigere Gestaltung der Finanzen zur Voraussetzung gehabt. Diese Gestaltung sei nicht eingetreten. Die Regierung stehe den Bestrebungen auf Herabsetzung der Zuckersteuer durchaus sympathisch gegenüber. Der Reichstag solle sich also mit den Zusicherungen der Regierung begnügen. Sobald die neue Finanzreform die erwarteten Millionen gebracht habe, werde eine Herabsetzung der Zuckersteuer in dem Maße eintreten können, wie sie der Antrag Schwerin fordere. Nehme aber der Reichstag den Antrag Schwerin an, so falle die Verantwortung für etwaige Schäden schließlich auf ihn.

Der Freisinnige Dr. Wiemer sprang dem Schatzsekretär bei. Er will sich nicht die Zwangslage der Regierung zu nutze machen und beantragte daher, daß die Herabsetzung der Zuckersteuer erst dann eintreten solle, wenn andere Einnahmen dafür beschafft sind. Die Freisinnigen sollten doch auch wissen, daß ein Politiker, wenn er etwas erreichen will, sich nicht scheuen darf, Zwangslagen der Regierung auszunützen. Die Mehrheit teilte das Bedenken denn auch nicht, und der Antrag Schwerin wurde gegen die drei freisinnigen Stimmen angenommen.

Nach einer parlamentarischen Korrespondenz rechnet man im Reichstage bestimmt damit, daß auch das Plenum die Zuckerkonvention ablehnen wird, wenn die Regierung dem Antrage Schwerin nicht zustimmen wird. Freiherr von Stengel habe für diesen Fall mit seinem sofortigen Rücktritt gedroht. Daß Freiherr von Stengel zurücktritt, ist nach Lage der Dinge allerdings nicht ausgeschlossen; aber daß er wegen der Zuckerkonvention gehen sollte, ist wenig wahrscheinlich.

Freisinnige und Ausnahmegesetz.

Die „Berl. Volksztg.“ schreibt: Der Blockfreisinn rutscht auf der schiefen Ebene der Prinzipienlosigkeit immer weiter abwärts. Was wir von den Helden der Bülow-Ergebenheit voraussahen, wird eintreffen. Der Widerstand der Linksliberalen gegen § 7 des Reichsvereinsgesetzes, der ein Ausnahmegesetz schlimmster Art darstellt, ist immer mehr „staatsmännischer Erwägung“ gewichen. In Wahrheit sind es die Rücksichten auf die Blockpolitik, die auch hier zur Verleugnung liberaler Grundsätze führen. Wie verlautet, soll der größere Teil der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft nunmehr bereit sein, den § 7 zu „schlucken“ unter der Bedingung, daß die Ausführung der Bestimmung der — Landesgesetzgebung überlassen bleibt. — § 7 beraubt, auch wenn der Landesgesetzgebung die Durchführung überlassen werden soll, den größten Teil der Preußen polnischer Zunge des Versammlungsrechtes. Denn wenn verlangt wird, daß in der Versammlung nur deutsch gesprochen werden darf, so bedeutet das in der Praxis nichts weiter, als daß für die Polen das Versammlungsrecht illusorisch gemacht wird. Und zu einem derartigen Gewaltstreich, einem Ausnahmegesetz ausgesprochenster Art, wollen sich freisinnige Abgeordnete hergeben! Man begreift es, warum nicht bloß von sozialdemokratischer Seite im Parlament, sondern auch von ehrlich freisinniger Seite im Lande jedesmals ein Hohngelächter laut wird, wenn einer der freisinnigen Bülow-Knappen mit ebenso eherner Stirn wie verlogenem Pathos versichert: Wir unterstützen die Blockpolitik unter voller Aufrechterhaltung unserer liberalen Grundsätze.

Eine liberale Antiblockversammlung

fand in Nürnberg statt. Herr von Gerlach sprach über den preußischen Wahlrechtskampf. Auch zahlreiche Arbeiter nahmen an der Versammlung teil. Der feurige Beifall, der dem Referenten und den Diskussionsrednern zuteil wurde, und ebenso die Abwesenheit der Vertreter des Nürnberger Wiemerfreisinns machten aus der Versammlung eine imposante liberale Demonstration gegen die freisinnige Blockpolitik. Herr v. Gerlach behandelte die Entstehung des Blocks und dessen jämmerliche Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage. Die brutale Absage des Fürsten Bülow an den Blockliberalismus habe der Freisinn beinahe mit Freuden aufgenommen. Das Wort Freisinn werde nachgerade zum Spott für Kinder. Man müsse sich schämen, ein Deutscher zu sein, nachdem nicht ein Deutscher, sondern ein Pole der einzige gewesen sei, der dem Fürsten Bülow die richtige Antwort gegeben habe. Man könne es den konservativen Junkern wahrhaftig nicht verübeln, wenn sie für die freisinnigen Blockbrüder nur Hohn und Spott haben. Im Gegensatz zum übrigen Freisinn ist Herr v. Gerlach für Straßendemonstrationen, die er erklärlich findet, wenn die Wähler der dritten Klasse nicht die Möglichkeit haben, im Landtage zu debattieren und deshalb auf die Straße gehen, um dort zu demonstrieren. Kann man von der Masse der preußischen Arbeiter verlangen, daß sie sich wie stumme Hunde ducken? Es sei eine Schande, wenn wiederum Freisinnige es seien, die das Niederknüppeln der Demonstranten durch die Polizei als notwendig empfohlen haben. Wären die Zehntausende in Empörung nicht auf die Straße gegangen, dann hätten die Junker sicher gehöhnt, wo denn das entrüstete Volk sei! Statt des Blankoakzepts an Bülow hätten die Freisinnigen im Reichstag Bülow ein entschiedenes Mißtrauensvotum ausstellen sollen und dann hätte dieser Kanzler ausgespielt gehabt. Herr Gerlach findet zwischen der heutigen Lage und der politischen Lage vor zwei Jahren keinen Unterschied. Man regiert zwar ohne Zentrum, aber nicht gegen das Zentrum. Schließlich sei das Zentrum im Wahlrechtskampf ein besserer Verbündeter als der rechte Teil des Blocks, einschließlich der Nationalliberalen. Das Zentrum müsse auf seine zahlreichen Arbeiterwähler Rücksicht nehmen, es stehe deshalb auf dem Boden des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts, während die Konservativen grundsätzlich dagegen seien. Zum Schluß fordert er von allen ehrlichen Demokraten Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft den unermüdlichen Kampf für das freie, geheime, direkte Wahlrecht im ganzen Deutschen Reich zu kämpfen. — Die Freiburger Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei hielt eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß eine weitere Rücksichtnahme auf die Blockpolitik unvereinbar sei mit liberalen Grundsätzen. Man erwarte von der Fraktionsgemeinschaft eine einmütige, entschiedene Stellungnahme gegen rechts.

Die liberale Fraktionsgemeinschaft geht allerdings über solche Stimmen leichten Herzens zur Tagesordnung über.

Der schweigsame Herr Paasche.

Dem nationalliberalen Parteiführer, Vizepräsidenten des Blockreichstags und unermüdlichen Anwärter für alle möglichen Ministerposten, dem heiligen Paasche, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ eine Reihe niedlicher Bosheiten ins Album. Sie erwähnt eine Kundgebung der nationalliberalen Parteileitung des Kreises Kreuznach, durch die Herrn Paasche, dem Abgeordneten des Kreises, das Vertrauen ausgesprochen und erklärt wird, daß sie, die Parteileitung, keinen Anlaß habe, mit ihm unzufrieden zu sein. Das Zentrumsorgan ist nun boshaft genug, zu fragen, ob dieses Vertrauensvotum wohl ein kleines Pflästerchen sein solle für den ausgebliebenen Orden, den alle Kollegen des Herrn Paasche im Reichstagspräsidium erhalten haben, und zählt dann mehrere Geschichtchen aus der jüngsten Wirksamkeit dieses „Volksvertreters“ auf, die seine Wahrheitsliebe in eine merkwürdige Beleuchtung rücken. Sie

erinnert an den ominösen Brief Paasches an einen seiner Parteigenossen, in dem er etwas als wahr zugab, was er gleichzeitig in einem liberalen Blatt als unwahr erklärte, an den hinterhältigen Angriff auf den Kriegsminister v. Einem, den er mit der Behauptung rechtfertigte, er habe den Minister von seinen Absichten vorher unterrichtet, wovon Herr v. Einem aber nichts zu wissen erklärte, ferner an sein Renkontre mit der „Tägl. Rundschau", bei dem die Glaubwürdigkeit des liberalen Blockpräsidenten ebenfalls in einem zweifelhaften Lichte erschien. Zuletzt nagelt das ultramontane Blatt den ehrlichen Paasche noch auf seine Äußerung im Reichstag, in Kreuznach sei eine Zentrums-Versammlung mit dem Rufe: „Nieder mit dem Protestantismus!" geschlossen worden, fest und fordert ihn unzweideutig auf, nun endlich einmal den Wahrheitsbeweis zu führen.

Herr Paasche behauptet, er dürfe seine Gewährsmänner nicht nennen (wohlgemerkt, er weiß nicht einmal zu sagen, wer den Ausdruck getan haben soll!). Eine billige Ausrede. Doch gut, dann möge er sich aus den Zentrumsabgeordneten zwei Vertrauensmänner auswählen und ihnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit die Gewährsmänner nennen. Diese Abgeordneten mögen mit zwei ebenfalls zum Schweigen verpflichteten Wählern des Kreises Kreuznach die Sache untersuchen und das Ergebnis, dem sich Herr Paasche anschließen muß, veröffentlichen. Will Herr Paasche auf diesen Vorschlag nicht eingehen, möge er einen besseren machen oder — er muß widerrufen! Sonst ist er vor aller Welt moralisch gerichtet und seine Kreuznacher Parteifreunde mit ihm.

Die Sache wird für den wahrheitsfreudigen Herrn Paasche also kritisch. Wir werden sehen, ob der sonst so redselige Kulturkämpfer auf diese Annagelung die Sprache wiederfindet!

Besorgte Ordensjäger.

Der „Freisinnigen Zeitung" kann es die Sozialdemokratie nie recht machen. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte Herrn Dr. Breitscheid wegen seiner mannhaften Haltung in der Wahlrechtsfrage das Zeugnis ausgestellt, daß er ein „wirklicher Liberaler" sei. Da meint nun die „Freisinnige Zeitung", der Liberalismus Breitscheids könnte „nicht ärger kompromittiert" werden, als durch solches Lob aus sozialdemokratischem Munde.

Der Geschmack der Müller-Sagan und Wiemer ist ja bekanntlich ein anderer als der Breitscheids. Während dieser auf die Anerkennung demokratischer Elemente Wert legt, renommiert die „Freisinnige Zeitung" damit, daß sie sich bei „Reichsbehörden", ja sogar an „höchsten Stellen" besonderen Ansehens erfreue!

Aber davon abgesehen. Das Wiemerblatt pflegt doch stets darüber zu greinen, wenn einem Freisinnigen von sozialdemokratischer Seite Verrat der liberalen Prinzipien vorgeworfen wird. Wenn sich aber wirklich noch ein paar Freisinnige finden, denen die Sozialdemokratie eine Anerkennung aussprechen kann, so ist es Leuten von der „Freisinnigen Zeitung" auch nicht recht! Aber die Müller-Sagan, Wiemer, Kopsch, Fischbeck und Konsorten mögen sich beruhigen: ihrem Ansehen an „höchsten Stellen" wird die sozialdemokratische Presse schwerlich jemals durch kompromittierliches Lob schaden! Soweit es an uns liegt, wollen wir die Hoffnungen der beim heurigen Ordensfest übergangenen Freisinnsmannen, auch noch einen Roten Adlerorden 4. Klasse zu erwischen, wahrhaftig nicht zu schanden machen!

Der Geburtstag einer Volksentrechtung.

Als eine Parallele zur heutigen politischen Situation können wir ältere Sünden der gegnerischen Parteien an das Tageslicht ziehen. Am 1. Februar sind 20 Jahre verflossen, seitdem die Einführung fünfjähriger Legislaturperioden für die Wahlen zum Reichstag durch einen Antrag der Kartellparteien auf Abänderung des Artikels 24 der Reichsverfassung, den der Reichstag in dritter Lesung am 9. Februar 1888 annahm, eingeleitet wurde.

Die Antragsteller, Behr, Bennigsen, Helldorf und Genossen, hatten noch den traurigen Mut, bei der Begründung zu erklären, daß ihr Antrag keine reaktionäre Maßnahme bedeute. Es handele sich nur darum, dem übermäßigen Verbrauch von Zeit und Geld — bei den Wahlen — abzuhelfen und die Gefahren der bedenklichen Agitation einzuschränken. Mit den letzten Worten hatte also der Abgeordnete Graf Behr gerade das Gegenteil von dem gesagt, was er eingangs seiner Rede erklärte. Als erster Redner der Opposition kam der Abgeordnete Windthorst vom Zentrum zum Wort, der den Antrag als eine durch die Mehrheitsparteien unternommene Vergewaltigung des Volkes bezeichnete. Das bißchen Volksrecht soll zu einer Farce gestempelt werden. Gerade die Faschingswahlen hätten ihn überzeugt, daß dem Volke möglichst oft Gelegenheit gegeben werden müsse, einen gemachten Fehler bald und gründlich zu revidieren.

Natürlich legten sich Konservative, Reichspartei und Nationalliberale ordentlich für den Antrag ins Zeug. Aber erst von unserem Genossen Singer, der den Antrag als eine Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts bekämpfte, wurde ihnen gründlich die Wahrheit gesagt. Er nagelte die Gegner fest, daß sie, die dem Volke die notwendigsten Lebensmittel verteuert haben, auch noch das wichtigste politische Recht zu schmälern unternähmen. Die Kartellparteien — der Block aus den Faschingswahlen — waren um mehr als 1 Million Stimmen hinter den Minderheitsparteien zurückgeblieben, und mit Recht schleuderte sowohl Singer als auch der ultramontane Reichensperger dem Kartell entgegen, daß es nicht die Mehrheit der Wähler repräsentiere. Die Nationalliberalen spielten damals die gleiche schäbige Rolle wie heute, und außer Singer war es ein Vertreter ihrer heutigen Verbündeten, der Freisinnige Bamberger, der sie als den Schwanz der Mehrheit bezeichnete. Seit 1876 geht der Liberalismus in Deutschland Schritt für Schritt zurück, bis er schließlich ganz in der Reaktion versunken ist, meinte Bamberger. Heute ist das längst zur Tatsache geworden, und die unentwegten Parteigenossen Bambergers haben die schäbige Rolle der Nationalliberalen von damals übernommen. Am 19. März 1888 wurde der Wahlrechtsverkümmerungsantrag Gesetz. Der Verfassungsbruch war durch die Kartellparteien vollzogen. Die Regierung jubelte freudig zu, weil sie dadurch noch mehr Macht in die Hände bekam. Heute befinden wir uns mit dem neuen Reichsvereinsgesetzentwurf in der gleichen Situation wie damals. Auch die heutigen Mehrheitsparteien des Reichstages werden, trotzdem sie die Minderheit der Wähler repräsentieren, der Mehrheit des Volkes ein reaktionäres Gesetz aufhalsen.

Welchen Wert die Erklärung des Herrn Bülow

über den Zeugniszwang der Presse in Wahrheit hat, darüber schreibt die „Deutsche Juristenzeitung" in ihrer letzten Nummer:

„Die Kundgebung des Reichskanzlers vom 9. Dezember 1907 gegen den Zeugniszwang enthält sicherlich eine dankenswerte Anregung, der auch eine Anzahl Bundesregierungen bereits Folge geleistet haben. Aber sie hat, wenn man sie nüchtern unter die juristische Lupe nimmt, keine große Tragweite. Nur von der Befugnis der Gerichte, zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft anzuordnen, ist die Rede. Die Anordnung der Haft ist schon nach geltendem Recht (§ 69 Abs. 2 Strafprozeßordnung) Sache des verständigen Ermessens des Gerichts („auch kann zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet werden"). Und ob die Mahnung des Kanzlers, nur da, wo es unerläßlich erscheint, mit der Haft einzugreifen, auf fruchtbaren Boden fallen wird, bleibt abzuwarten. Aber der Zeugniszwang erschöpft sich nicht mit der Haft. Vielmehr sind die Gerichte nach § 69 Abs. 1 Strafprozeßordnung unter allen Umständen verpflichtet, einen Zeugen, der das Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert, in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe bis zu 300 Mark und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zur Strafe der Haft bis zu sechs Wochen zu verurteilen. Dies gilt auch für den Zeugniszwang gegen die Presse. Der Erlaß des Kanzlers befreit somit die Presse keineswegs vom Zeugniszwang. Nur auf begrenztem Gebiet kann der Erlaß mildernd wirken. Aber erst eine gesetzliche Regelung kann hier wahre Hilfe bringen.

Man sieht: bei Lichte besehen schrumpfen die „Zugeständnisse" des Herrn Bülow zusammen wie alte Rosinen, nur seine reaktionären Erklärungen, wie die über preußische Wahlreform, bleiben bestehen.

Der Staatssekretär v. Stengel

hat nach der „Köln. Volksztg." bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht. Über seinen Nachfolger verlautet noch nichts.

Frankreich.

Das Attentat in Lissabon kam gestern bereits in der Kammer zur Sprache. Zu Beginn der Kammersitzung erklärte der Minister des Äußern, Pichon, die Kammer kenne das traurige Verbrechen, dem der Herrscher einer befreundeten Nation und der Kronprinz zum Opfer gefallen seien. Der Mord könne in keinem französischen Herzen eine Entschuldigung finden. Sembat (Soz.) ruft dem Minister zu: Der Mord ist durch die Diktatur provoziert. (Beifall auf der äußersten Linken; Widerspruch auf allen anderen Seiten des Hauses.) Pichon fügt hinzu, es müsse gesagt werden und wäre es nur um der Ehre des Parlaments willen (lebhafter Beifall links, im Zentrum und rechts), daß Frankreich den Mord einmütig brandmarke und mißbillige. (Erneuter Beifall auf denselben Bänken.) Präsident Brisson erteilt Sembat das Wort nicht. Pichon erklärt zum Schluß, die Regierung habe sich beeilt, der Königin Amalie und der königlichen Familie herzliches Beileid auszudrücken. Trotz der Worte, die ihm zugerufen worden seien, sei er sicher, damit durchaus den Gefühlen der Kammer Ausdruck gegeben zu haben. (Lebhafter Beifall links, rechts und im Zentrum; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Präsident Brisson verweigerte dem Abgeordneten Sembat erneut das Wort und schloß sich den von Pichon zum Ausdruck gebrachten Gefühlen unter großem Beifall der überwiegenden Mehrheit des Hauses an. Nur die äußerste Linke verharrte noch einige Zeit bei ihren Protesten. Darauf nahm die Kammer die Beratung der Einkommensteuer wieder auf. — Das Vorgehen Brissons fordert zum schärfsten Protest heraus. Es ist selbstredend, daß auch unsere französischen Genossen den Mord verurteilen. Gleich uns aber suchen sie nach einer Erklärung für die Handlungsweise der Attentäter und sie finden diese mit Recht in der Diktatur, die unter Billigung des Königs in Portugal ausgeübt wurde. Das und nichts anderes besagte der Zwischenruf des Genossen Sembat. Und dieser hätte auch seinen Standpunkt nur in solchem Sinne vertreten. Daß Brisson ihn daran hinderte, ist ein Gewaltakt sondergleichen. Unsere französischen Genossen werden zweifellos dem Kammerpräsidenten Brisson die Antwort auf sein ungesetzliches Vorgehen nicht schuldig bleiben.

Portugal.

Das Attentat in Lissabon hat wenigstens etwas für das Land Gutes gezeitigt: Der Diktator Franco ist abgesetzt worden. Zwar hatte der junge König anfangs noch die Absicht, den verbrecherischen Menschen auf seinem Posten zu belassen; das geht aus seiner Proklamation an das Volk hervor, in der er erklärt, daß er gesonnen sei, die gegenwärtigen Minister in ihren Stellungen zu belassen. Seine Mutter, sowie der mit der Bildung des neuen Kabinetts betraute Admiral Ferreira drangen in ihn, von seinem Entschluß abzustehen. Das half! Im neuen Kabinett, dessen Bildung bereits vollzogen ist, fehlt Francos Name. In der Liste der neuen Minister befindet sich der bedeutende Staatsmann Jose Alpoin, den Franco als seinen persönlichen Feind betrachtete und fürchtete. Um Alpoin dem König Carlos verdächtig zu machen, sprengten die Anhänger Francos aus, daß Alpoin einem jüngst erschienenen Pamphlet über den Hof und die ganze Familie Braganza nahestehe. Die Berufung Alpoins zeigt, daß Franco völlig abgewirtschaftet hat. Trotzdem ist die Erbitterung gegen diesen Schurken noch nicht geschwunden; man verlangt jetzt die Freilassung der republikanischen Führer, die vor einer Woche ins Gefängnis geworfen sind. Sollte diesem Verlangen nicht entsprochen werden, so steht ein Attentat auf Franco zu erwarten. — Wie nicht anders zu erwarten, geht man jetzt mit Verhaftungen gegen „mißliebige" Personen vor. In der Umgegend von Lissabon und in der Hauptstadt selbst hat man viele Verhaftungen — man spricht von mehreren Hundert — vorgenommen. Daß solche unklugen Maßregeln zur Beruhigung beitragen, kann man gerade nicht behaupten. Die neuen Herren haben anscheinend aus dem Attentate nichts gelernt.

Über die Ereignisse am Sonnabend sind folgende Einzelheiten bekannt: Eine große Volksmenge hatte sich angesammelt, um die Vorbeifahrt der Majestäten zu sehen. Als der Wagen im gewöhnlichen Tempo am Finanzministerium vorbeifuhr, drängte sich aus der Menge ein Mann im Sportanzuge vor und gab mit einem Revolver einen Schuß auf den König ab, der diesen an der linken Seite verwundete. Die Königin und der Kronprinz stießen Schreie aus. Die Königin erhob sich und wies mit dem in ihrer rechten Hand gehaltenen Blumenstrauß auf den Angreifer hin, der alsbald einen zweiten Schuß abgab, welcher den König in den Rücken traf. Der König fuhr mit der Hand nach dem Kopfe und fiel auf die rechte Seite. Mehrere Personen stürzten sich auf den Mörder, der, indem er zu Boden gerissen wurde, noch einen dritten Schuß abgab, der in die Luft ging. Inzwischen war ein zweiter in einen großen Mantel gehüllter schwarzbärtiger Mann an den Wagen herangetreten und hatte zwei Schüsse auf den Kronprinzen abgegeben, die diesen in Gesicht und Brust trafen. Als er zum dritten Male schießen wollte, schlug ihm ein Polizeibeamter die Waffe aus der Hand und tötete ihn durch einen Säbelhieb. In diesem Augenblick allgemeiner Panik erschien der Herzog von Oporto im Automobil, zog den Revolver aus der Tasche und folgte mit der Waffe in der Hand dem königlichen Wagen, der in das Marine-Arsenal einfuhr. Die Verwirrung war eine allgemeine. Der Tod des Königs trat sofort ein, während der Kronprinz noch fünf Minuten lebte. Die Leichen wurden auf die ärztliche Station des Marine-Arsenals gebracht. Hier stellten die Ärzte fest, daß der König zwei Kugeln erhalten hatte, von denen die eine die Wirbelsäule getroffen hatte. Beim Kronprinzen war eine Kugel durch die rechte Wange in die Nase gegangen, während die andere das Brustbein getroffen hatte und die Lunge durchbohrte. Inzwischen befanden sich die Königin und der leichtverwundete Infant Manuel, dem ein Verband angelegt wurde, in einem anderen Raume des Arsenals, wo sie erst den Tod des Königs und des Kronprinzen erfuhren. Auch die Königin-Mutter war dort eingetroffen.

Die „Köln. Ztg." meldet aus Oporto: Von den Mördern sind drei, die sich selbst erschossen haben oder von den Umstehenden getötet wurden, ausländische, von den Republikanern gedungene Anarchisten.

England.

Die Arbeiterfraktion im Unterhause. Infolge der Abwesenheit Keir Hardies und der Inanspruchnahme Shakletons mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurde Arthur Henderson zum Führer der Arbeiterfraktion und Georg Barnes (Sekretär der Engineers) zum Stellvertreter gewählt. Henderson wurde im Jahre 1863 in Glasgow geboren und trat 12 Jahre später als Formerlehrling in eine Maschinenfabrik in Newcastle ein. Im Jahre 1883 schloß er sich seiner Trade-Union an, wo er bald die Stelle eines Beamten erhielt. Später wurde er in den Gemeinderat von Newcastle und in den Grafschaftsrat von Durham gewählt. Ebenso wurde er zum Friedensrichter von Newcastle und Darlington ernannt. Lange Jahre gehörte er der liberalen Partei an, aber seit der Gründung der Arbeiterpartei im Jahre 1900 näherte er sich dem proletarischen Standpunkte und kandidierte im Jahre 1903 sowohl gegen den liberalen wie gegen den konservativen Kandidaten und wurde auf einem Arbeiterprogramm in Barnard Castle (Durham) gewählt. Sein Sieg war so entscheidend, daß die Liberalen dort bei den Hauptwahlen im Januar 1906 keinen Gegenkandidaten aufstellten. Nun fiel ihm — als Fraktionsführer — die Aufgabe zu, im Namen der Arbeiterpartei auf die Thronrede zu antworten. Er sagte: „Die Erklärungen der Thronrede über die Politik der Regierung gegenüber Mazedonien und dem Kongostaat sind uns willkommen. Alle Parteien des Hauses werden sich darüber freuen, daß die Regierung bereit ist, jenen Ländern zu einer humanen Verwaltung zu verhelfen. Die Länge des Reformprogramms der Regierung erschreckt uns nicht. Es frägt sich nur, ob die Regierung die Absicht habe, die Reformvorlagen in dieser Session durchzusetzen. Regierungsversprechen sind zu oft unerfüllt geblieben. Mit großer Genugtuung haben wir gehört, daß die Regierung für Alterspensionen vorsorgen will. Unsere Zustimmung hängt indes von der Größe des Alterspensionsplanes ab. Ist die Regierung geneigt, zu diesem Zwecke von den Arbeitern Beiträge zu verlangen, so kann sie auf unsere Mitarbeit an dieser Vorlage nicht rechnen. Ebenso hat es uns gefreut, daß die Regierung eine Vorlage über den Achtstundentag für Bergleute einbringt. In allen ehrlichen Reformarbeiten wird die Regierung auf unsere vollste Unterstützung rechnen dürfen. Dagegen sind wir darüber enttäuscht, daß die Thronrede es unterlassen hat, eine Ausdehnung des englischen Gesetzes betreffend Schülerverpflegung auf Schottland vorzusehen und ebenso die Einbringung einer Novelle zum Arbeitslosengesetz zu erwähnen. Die Arbeiterfraktion hat ein bindendes Mandat von ihrer Partei, eine Arbeitslosenvorlage durchzusetzen. Es gibt im gegenwärtigen Momente keine brennendere Frage als die der Arbeitslosigkeit. Nach der letzten Statistik des Arbeitsamtes belief sich bei den Trade-Unionisten die Zahl der Arbeitslosen auf 6,1 Prozent. Ebenso ist die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Personen erheblich gewachsen; in London allein belief sie sich — nach der „Times" — zu Ende des verflossenen Jahres auf 5612 mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1906. Die Lage ist also ernst und bedarf dringend der Abhilfe. Kann die Regierung im Laufe der Session eine Arbeitslosenvorlage nicht einbringen, dann wäre es ratsam, daß sie die von der Arbeiterfraktion in der letzten Session eingebrachte zu der ihrigen macht oder sie in ihrem Sinne amendiert. Schließlich macht sich die Notwendigkeit geltend, die Gewerbeaufsicht zu verbessern, um die noch immer große Zahl der Fabrikunfälle herabsetzen zu können. Es wäre gut, wenn die Regierung noch im Laufe der nächsten Mo-

nate zu diesem Zwecke eine Untersuchung veranstalten würde."

Marokko.

Ein neues Gefecht mit den Marokkanern. Wie General d'Amade telegraphiert, lieferte die Kolonne des Obersten Boutegourd südlich von Dar Ber Reschid den Mzamzas ein Gefecht. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Die Kolonne zog sich, ohne beunruhigt zu werden, zurück. Die Verluste des Feindes sind sehr groß. Französischerseits sind ein Leutnant und 7 Soldaten tot, ein Oberstleutnant, ein Hauptmann, zwei Leutnants und 46 Soldaten verwundet. Admiral Philibert bestätigt das Gefecht und fügt hinzu, daß der Maghzen in Rabat viele Vorschläge seitens der Stämme zur Wiedereinnahme von Mekines und Fez erhalte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 4. Februar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag statt.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Vereinshaus tagte, war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Ablebens der Genossen W. Rogge und H. Staack; die Versammlung ehrte das Andenken derselben durch Erheben von den Sitzen. Die Abrechnung von der Silvesterfeier erstattete Genosse Weyers. Die Einnahmen betrugen 493,45 Mk., die Ausgaben 318,40 Mk., sodaß ein Überschuß von 175,05 Mk. erzielt worden ist. Nunmehr erhielt Genosse P. Löwigt das Wort zu seinem Referat über die gegenwärtige politische Situation. Redner erinnerte zunächst an die Reichstagswahlen von 1907. Durch eine skrupellose Agitation war es der Regierung und den sog. nationalen Parteien gelungen, in so großer Zahl politisch indifferente und denkfaule Wähler an die Urne zu bringen, daß den Sozialdemokraten eine Anzahl Mandate abgenommen werden konnte. Es sollte nunmehr, nachdem ein konservativ-liberaler Block gebildet war, angeblich ein liberaler Zug durch die Reichspolitik gehen. Bisher habe man davon jedoch nichts gespürt. Im Gegenteil. Die eingebrachten Gesetzesvorlagen sind derartig reaktionär, daß sie wie ein Hohn auf den Liberalismus anmuten. So beispielsweise der Reichsvereinsgesetzentwurf mit seinem Entrechtungsparagraphen für fremdsprachige Reichsangehörige, und die Reichsfinanzreform, wie sie von Stengel, der jetzt vom Stengel zu fallen drohe, beabsichtigt sei. Daß die angeblich Liberalen nicht gewillt seien, den rückschrittlichen Absichten der Regierung entgegenzutreten, werde schon dadurch bewiesen, daß sie die Regelung des § 7 des Reichsvereinsgesetzes, betr. die fremdsprachigen Reichsangehörigen, den Einzelstaaten überlassen wollen. Redner geht sodann auf die Wahlrechtskämpfe in Preußen ein und kennzeichnet die schmähliche Haltung der Freisinnigen in dieser Frage. Im Abgeordnetenhause bekamen die Herren von Bülow eine schallende Ohrfeige, aber die freisinnigen Abgeordneten fanden noch etwas Erfreuliches daran. Der Liberalismus verrate aber fortwährend seine eigenen Prinzipien. Das konnte man auch bei der Wahlrechtsdebatte in Bremen beobachten. In seinen weiteren Ausführungen kam der Referent auch auf das Attentat in Lissabon zu sprechen, das er als eine Folge des vom Könige gebilligten Verfassungsbruches, der zugleich einen Eidbruch bedeute, bezeichnete. Jedenfalls seien die Despoten durch die Vorgänge in Lissabon gewarnt. Portugal sei ein Land, in welchem die sozialdemokratische Bewegung nur schwach sei; in den Staaten, wo eine starke Sozialdemokratie erziehlich wirken könne, gehören die Attentate zu den Seltenheiten. Nach einer kurzen kritischen Besprechung des zweiten Hardenprozesses, des Prozesses gegen die 175er Grafen Hohenau und Lynar ging Redner auf Vorkommnisse im politischen Leben Lübecks ein. Der neu gegründete nationalliberale Verein werde vermutlich eine Organisation werden, die weder leben noch sterben könne. Die „Liberalen" gehen eifrig bei ihren Mitgliedern mit dem Klingelbeutel um, um ihre Kasse zu stärken. Nicht zu unterschätzen sei ihre Agitation auf dem Lande. Anscheinend rechnen sie noch immer auf eine Nachwahl in unserem Wahlkreise. Für die Arbeiterschaft heißt es zu agitieren, aufklärend zu wirken, auf daß sie jeder Situation gewachsen seien. (Beifall.) Im Anschluß an das Referat wurde von mehreren Rednern zur lebhafteren Agitation für die Parteipresse in den Gewerkschaften und unter den Parteigenossen aufgefordert. Im Verschiedenen teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand beschlossen habe, an die Mitglieder von Zeit zu Zeit gratis Broschüren zu verteilen. So sei bereits die Broschüre Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung verteilt worden; in diesem Monat sollen die Mitglieder Bebels Essener Rede über die Reichstagswahlen und die politische Lage erhalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweck der Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände wurde ganz unverhüllt offenbart in der Quartals-Versammlung der Baugewerksinnung „Bauhütte" in Hamburg. In dem erstatteten Jahresbericht wird gesagt: „Der Arbeitsnachweis hatte sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Abgeschobenen, Streikenden und Ausgesperrten von auswärts von der Wiederanstellung bei den Innungs-Mitgliedern ferngehalten wurden." Der Zweck des Arbeitsnachweises ist also nicht die Arbeitsvermittlung, sondern die Maßregelung mißliebiger Arbeiter! Es handelt sich somit nicht um eine ordnungsgemäße Handhabung der Innungs- und Arbeitgeber-Arbeitsnachweise, sondern um einen Mißbrauch derselben zu Scharfmacherzwecken.

tk. **Der Sanitäts-Verband der freien Hilfskassen** hielt am 30. Januar seine ordentliche General-Versammlung ab. Nicht vertreten waren die Kassen der Schiffbauer, Drechsler und Maler. Dem Geschäftsbericht, den der Vorstand gab, ist folgendes zu entnehmen: Der Verband hielt im Jahre 1907 4 General-Versammlungen, 14 Vorstandssitzungen und 12 Ärzte-Kommissionssitzungen ab. Es fehlten in den General-Versammlungen viermal die Drechsler-, dreimal die Maler-, einmal die Böttcher- und Maurer-Lokalkasse. Dem Verbande gehörten am Schlusse des Jahres 1906 16 freie Hilfskassen mit 6 699 Mitgliedern an. Am 1. Oktober wurde die Zentralkasse der Böttcher in eine Zuschußkasse umgewandelt. Am Schlusse des Jahres gehörten dem Verbande 15 freie Hilfskassen mit 6 633 Mitgliedern an. An Arzthonorar wurden 41 678,48 Mk. verausgabt. Die Zahl der versicherten Familien betrug am Jahresschluß 3101. An Krankenscheinen wurden 5572 an die Familien abgegeben. Der Medizinkasse gehörten am Schlusse des Jahres 1288 Familien an. Die Kasse hatte im Jahre 1907 eine Mehrausgabe von 199,98 Mk. Aus dem Invalidenfonds erhielten 11 Invaliden eine Unterstützung von 175 Mk. Durch Abhaltung eines Verbandsfestes wurde dem Invalidenfonds ein Überschuß von 293,95 Mk. überwiesen. Das Vermögen betrug 927,97 Mk. Die Abrechnung der Familienversicherung vom 4. Quartal 1907 ergab an Einnahme 4811,68 Mk., an Ausgabe 4668,62 Mk., das Vermögen der Kasse beträgt 1269,60 Mk. Die Abrechnung der Medizinkasse ergab an Einnahme 2079,95 Mk., an Ausgabe 1925,87 Mk. Gesamtvermögen 3394,51 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder, und zwar J. Reppenhagen, Vorsitzender, A. Weitendorff, Schriftführer, G. Lorenz, 2. Kassenführer. Als Revisoren wurden Neugebauer, Ziehm und Gamm gewählt. In die Ärztekommission wurden gewählt Reppenhagen, Lorenz und Weitendorff: als Ersatzmann Lippert. In die Untersuchungskommission wurden gewählt die Herren Dr. Pauli und Dr. Meyer; als Ersatzmann Dr. Lorenz. Der Vorstand machte bekannt, daß folgende Ärzte sich dem Sanitäts-Verband zur Verfügung gestellt hätten: Dr. A. Christern, Schwartauer Allee 4, Dr. Brockmann, Untertrave 114-115, Dr. Moser, Mühlenbrücke 5, Dr. Junge, Israelsdorfer Alle 4 a.

Jahresbericht des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Lübeck, für 1907. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1907 66; neu aufgenommen wurden 27, von andern Verbänden übergetreten sind 3, vom Militär zurückgekehrt 1. In Summa 97. Abgereist sind 5, ausgetreten 7, gestorben 1. In Summa 13. Es verblieb somit ein Mitgliederstand von 84 am Schlusse des Jahres 1907. Die Jahreseinnahme betrug 1852 Mk. 87 Pfg., die Ausgabe 1571 Mk. 76 Pfg. Der Kassenbestand betrug somit 281 Mk. 11 Pfg. Für Krankenunterstützung wurden 156 Mk. 88 Pfg. ausgegeben, für Arbeitslosenunterstützung 16 Mk. 34 Pfg., Notfallunterstützung 20 Mk., Sterbegeld 40 Mk., Streikunterstützung 198 Mk. 67 Pfg. (Maiaussperrung). An die Hauptkasse wurden gesandt 802 Mk. 91 Pfg. Für örtliche Verwaltung inklusive Botenlöhne für Beitragssammler wurde 191 Mk. 58 Pfg. ausgegeben, für Agitation 44 Mk. 42 Pfg. Andere Ausgaben 100 Mk. 96 Pfg. Versammlungen fanden 13 statt; die durchschnittliche Besucherzahl betrug 19, gegen 21 im Vorjahr. Die höchste Besucherzahl 35, die niedrigste 7. Vorstandssitzungen fanden 8 statt. Briefe gingen ein 25, Postkarten 8, Drucksachen 10; aus gingen 39 Briefe, 21 Postkarten, 4 Drucksachen. Arbeitslos waren im 1. Quartal 2 Kollegen zusammen 28 Tage. Dieselben hatten 6 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren. Ursache der Arbeitslosigkeit war Arbeitsmangel. Die Höhe des entgangenen Arbeitslohnes betrug 130 Mk. In den folgenden 3 Quartalen waren Arbeitslose nicht zu verzeichnen.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Das Ergebnis der Nahrungsmittelverfälschung. Wegen Vergehen gegen die Nahrungsmittelgesetze sind im Deutschen Reiche im Jahre 1905 insgesamt 3145 Personen verurteilt worden. In Rechnung gezogen sind alle Bestrafungen wegen Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln, Feilhaltens verfälschter oder verdorbenener Nahrungs- und Genußmittel, sowie wegen Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, den Verkehr mit Wein, künstlichen Süßstoffen usw. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der Verurteilungen nur 3024, so daß eine Zunahme von 121 stattgefunden hat. Unter den Verurteilten befanden sich 1650 evangelische, 1110 katholische Christen und 85 Juden. Die drei Zahlen des Vorjahres waren 1984, 978 und 52. Die meisten Verurteilungen entfielen auf Berlin mit 345. Doch hat sich dies gegen das Vorjahr wesentlich gebessert, wo die Zahl der Bestrafungen 553 betragen hatte. Von den preußischen Regierungsbezirken wiesen die meisten verurteilten Personen auf: Düsseldorf 215, Potsdam 199, Arnsberg 129, Köln 97, Breslau 73, Frankfurt 72, Stettin 62. In Bayern wurden 533 Personen bestraft, in Sachsen 242, davon in den Kreishauptmannschaften Leipzig 81, Chemnitz 70 und Dresden 44. Besonders viele Bestrafungen kamen auch vor in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Ober-Elsaß und Hamburg. Wegen Herstellung und Feilhaltung gesundheitsschädlicher Nahrungs-, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände wurden 826 Personen verurteilt. Nach dem Ort der Tat waren am stärksten beteiligt die preußischen Regierungsbezirke Magdeburg mit 72, Düsseldorf mit 44, Potsdam mit 37, Hannover mit 35, Köln mit 30 und Oppeln mit 29 verurteilten Personen.

pb **Ein Betrüger.** Ermittelt und festgenommen wurde ein früherer Handlungsgehilfe, jetziger Arbeiter, der sich dadurch des Betruges schuldig machte, daß er bei hiesigen Geschäftsleuten, unter Vorspiegelung der falschen Tatsachen, er habe mit diesen zusammen das hiesige Katharineum besucht, als Einjähriger gedient, und sei nun heruntergekommen, um Unterstützung bat. Festgestellt wurde, daß er weder ein Gymnasium besucht, noch überhaupt Soldat gewesen ist.

pb. **Untreue.** Der Inhaber des hiesigen Auskunfts- und Inkassobureaus „Stella", der dringend verdächtig ist, sich in zahlreichen Fällen der Untreue schuldig gemacht zu haben, wurde festgenommen.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Mittwoch und Donnerstag finden keine Vorstellungen statt. Freitag wird das Lustspiel „Der Hypochonder" wiederholt. Am Sonnabend wird als Klassikervorstellung zum Einheitspreise von 50 Pfg. „Othello" gegeben.

Kiel. Ein weiteres schweres Urteil wurde vom Kriegsgericht der Marine gegen den Heizer 2. Klasse Borchert vom kleinen Kreuzer „Hamburg" gefällt. B. sollte nach Verbüßung einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe auf sein Schiff zurück, wovor ihm graute, da er ein „nachträgliches Strafgericht" seitens seiner Kameraden befürchtete. Aus diesem Grunde simulierte er Geistesschwäche und verübte verschiedene Gewalttätigkeiten. Man brachte ihn zunächst in Arrest und dann nach dem Lazarett, von wo er nach der Nervenklinik kam, aber als normal wieder entlassen wurde. Nun sollte er nach dem Arrestlokal in der Wik gebracht werden, wo er aber nicht angenommen wurde. Dem Transport nach dem Schiff, der dann vor sich gehen sollte, setzte er wieder heftigen Widerstand entgegen, indem er sich gegen die Wache und die Vorgesetzten wendete. Mit Verurteilung zu 3½ Jahren Gefängnis und erneuter Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes muß er seine Widerspenstigkeit büßen — Soweit der Bericht. — Auch dieses Urteil ist nach zivilen Rechtsbegriffen unhaltbar. Zunächst hätte doch einmal festgestellt werden müssen, ob die Furcht des Angeklagten vor der nachträglichen „privaten Justiz" seiner Kameraden begründet gewesen ist. Der Mann muß geradezu unter einer furchtbaren Zwangsvorstellung gestanden haben, wenn er sagte: „Lieber ins Gefängnis, als an Bord." Wenn aber diese Furcht begründet war, wenn es tatsächlich möglich ist, daß, sozusagen unter den Augen der Vorgesetzten, schwerste Mißhandlungen einzelner durch die Allgemeinheit vorkommen, so war es begreiflich, daß der Mann sich mit Händen und Füßen dagegen sträubte, an Bord gebracht zu werden, und Milderungsgründe standen ihm im weitesten Umfang zur Seite.

Altona. Der Herr Kommerzienrat im Gefängnis. Nach der Meldung eines Hamburger Blattes stehen dem wegen betrügerischen Bankrotts verhafteten Eigentümer der Altonaer Wachsbleiche, Kommerzienrat Möller, im Altonaer Untersuchungsgefängnis zwei Räume zur alleinigen Verfügung, und zwar eine Zelle, die zur Aufnahme von vier Personen berechnet ist, in der er wohnt und eine Nebenzelle für eine Person, die auf seinen Wunsch ebenfalls nicht belegt ist. In der Wohnzelle hat Möller sein eigenes Sofa und Bett. Er beköstigt sich natürlich selbst, soll auch an Wein und Zigarren keinen Mangel leiden und Schreibtisch und Lektüre zur Verfügung haben. Besuche empfängt er öfter, wöchentlich einmal sieht er seine Gattin bei sich. Natürlich muß er alle diese Vergünstigungen bezahlen. — Trifft diese Meldung zu, so ist wieder ein Beweis erbracht, daß selbst hinter Kerkermauern der Geldsack seine Macht ausübt.

Flensburg. Von Räubern überfallen. Der Reisende Peter Bundsen der Firma H. Meyland, Kolonialwaren engros, hier, befand sich per Fuhrwerk auf der Geschäftsreise. Am Donnerstag abend gegen 7 Uhr verließ derselbe das Dorf Holebüll, um nach Tombüll zu gelangen. Auf dem Wege dorthin wurde er plötzlich von 8 Wegelagerern angehalten; während einer die Zügel durchschnitt, wurde der Führer vom Wagen gerissen und unter heftiger Gegenwehr in den Graben geschleppt. Es gelang den Räubern, ohne daß der Überfallene wesentlich verletzt wurde, letzteren seiner Barschaft, 360 Mk. zu berauben. Das Fuhrwerk raste führerlos nach Tombüll und wurde dort aufgegriffen. Die Wegelagerer entfernten sich darauf schleunigst und sind bis heute leider noch nicht aufgegriffen worden.

Bremen. Wahlrechts-Demonstration in Bremen. Auch die bremische Arbeiterschaft ist auf die Straße marschiert, um ihren felsenfesten Willen zu bekunden, daß sie es nachgerade satt geworden, sich politisch entrechten zu lassen. Vorauf gingen Protestversammlungen in den verschiedenen Stadtteilen, in denen das verräterische Verhalten des Freisinns, der sich als Freund des Volkes geberdet, diesem aber in Bremen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht vorenthält, während er in Preußen dafür zu kämpfen vorgibt, unter stürmischem Beifall der Anwesenden gebrandmarkt wurde. Der Freisinn erhielt die wohlverdiente Quittung dafür, daß er am verflossenen Mittwoch wieder einmal, wie schon so oft, seinen Jugendprinzipien untreu wurde, indem er sich als Feind der Einführung eines gerechten Wahlrechts für die Bremische Bürgerschaft nochmals erwies. Bekanntlich lehnte er einen dahingehenden Antrag der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion ab. In der in allen Versammlungen einstimmig angenommenen Resolution wurde ihm für sein erbärmliches Verhalten die Verachtung, der sozialdemokratischen Fraktion aber für ihr mannhaftes Eintreten für des Volkes Rechte das unerschütterliche Vertrauen der bremischen Arbeiterschaft ausgesprochen. Und als am Schluß der Versammlungen das Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verklungen war, begab sich ganz spontan, so ganz aus sich heraus, ein Teil der Anwesenden zum Zentrum der Stadt, zum Marktplatz, wo der Demonstrationszug auf mehrere tausend Personen anschwoll. Und dann ging es, unter Absingung von Arbeiterliedern und fortgesetzten Hochs auf das zu fordernde Wahlrecht durch eine ganze Reihe von Straßen im Bourgeoisieviertel; verdutzte und erstaunte Gesichter von den Angehörigen der bevorrechteten, besitzenden Klassen trafen ihn und es mochte doch manchem von diesen die Erleuchtung aufgedämmert sein, daß einer solchen zielklaren Masse gegenüber das Vorenthalten ihrer elementarsten Rechte nicht auf immer möglich sein wird. Als sich der Zug am Hause des regierenden Bürgermeisters und Senatspräsidenten Dr. Pauli vorbeibewegte, da trat er gerade aus dem Portal des Hauses heraus, um in eine bereitstehende Droschke zu steigen, die ihn irgendwohin fahren sollte. So erblickte er den Zug und erstaunt ruhte sein Blick einen Augenblick auf ihm, aus dem jetzt Hochrufe auf das Wahlrecht fortgesetzt erschollen. Und auch ein zweiter Senator wurde Zeuge des Demonstrationszuges, der sich in vollster Ruhe und imposantester Weise fortbewegte, da sich die Polizei vollständig aus seinem Gesichtskreis hielt, auch nicht einen einzigen Schutzmann bekam der Zug zu sehen, obwohl er auch an einigen Polizeiwachtstuben vorbeimarschierte. Solche Reserve sollte sich auch die preußische Polizei angewöhnen! Allerdings war auch die bremische Polizei nicht ganz untätig — sie ließ die Versammlungen polizeilich überwachen, was hier in den letzten Jahren unbekannt war. Als der Demonstrationszug Hillmanns Hotel, wo Sonntagnachmittags Promenadenkonzert der Militärkapelle stattfindet, passierte, da übertönten die Weisen aus Arbeiterkehlen die aus den Instrumenten der Musiker; diese hielten im Spielen inne und ließen die tausendköpfige Menge erst vorbeidefilieren. Und all die Jungen und Alten des „besseren" Volkes, die da herumflirteten und herumstolzierten, sie bekamen auch einen Begriff von der Erhabenheit des Willens der Arbeiterschaft. Bald darauf zerteilte sich der Zug, ohne daß es zu irgendwelchen Komplikationen gekommen wäre. So hat auch die bremische Arbeiterschaft ihre Wahlrechtsstraßendemonstration, auf die sie stolz sein kann. Der Anfang ist gemacht — der Kampf wird nicht ruhen, bis in Bremen das Klassenwahlrecht gefallen und einem gerechten Volkswahlrecht Platz gemacht hat.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt
3 Februar.

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 1704 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53—54 Mk., leichte 52—53½ Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. C. F.

Donnerstag, abends 8½ Uhr: Versammlung im Vereinshaus.

Sonntag abend 11 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden unsere kleine süße

Hertha

im zarten Alter von einem Jahre und vier Monaten.

Die tiefbetrübten Eltern
A. School und Frau

Am Sonnabend, den 1. Februar, starb plötzlich und unerwartet infolge eines Unglücksfalles mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Hafenarbeiter **Herrmann Staack** im Alter von 63 Jahren.

Dies zeigen an die trauernden Hinterbliebenen
Johanna Staack geb. Strunck.
J. Schunk u. Frau geb. Staack.
G. Pump u. Frau geb. Staack.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 6. d. M., vorm. 9½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.

Nachruf.

Am Sonnabend, den 1. Februar, verstarb unser langjähriges treues Mitglied

Hermann Staack

infolge eines Unglücksfalles.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Abmarsch vom Vereinshaus vormittags 8½ Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Für alle Beweise herzlicher Teilnahme und treuer Freundschaft anlässlich des Dahinscheidens meiner lieben Frau sage auf diesem Wege meinen herzlichen Dank.

P. Schröder u. Familie.

Für die vielen Gratulationen und zahlreichen Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, den Mitarbeitern, dem Vorstand der Bauarbeiter, sowie dem Gesangverein „Eintracht" unsern verbindlichsten Dank.

Joh. Koop und Frau.
geb. Steer.

Zu sofort gesucht:

geübte Hilfsarbeiterin

für unsere Buchbinderei.

Werner & Hörnig, Königstraße 47.

Gesucht zu Ostern ein

Barbierlehrling.

W. Pusback, Königstr. 46.

Gesucht zum 1. oder 15. Februar

ein Mädchen

das kinderlieb ist, bei einem 4jährigen Kinde nach Schleswig. Näheres

Hansastraße 35, part.

Ein Hund (Teckel) zu verkaufen.

Vick, Rehenbusch.

H. Horenburg, Paulstraße 16 (Burgtor).
Sargmagazin nebst Einkleidung.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber. Breitest. 24

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

Hartkohlbriks

in schöner Körnung

sowie alle

Brennmaterialien

in anerkannt vorzüglicher Qualität empfiehlt zu den **billigsten** Preisen

Christian Gäde.

Kontor: Fischergrube 4.
Lager: Drehbrücke.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonnabend verstarb unser Mitglied

Hermann Staack.

Die Beerdigung findet am Donnerstag morgen 9½ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofs aus statt

Die Genossen werden ersucht, sich zur Teilnahme an der Beerdigung im Vereinshaus einzufinden. Abmarsch von dort: 8½ Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * * * * Billigste Preise.

Ball der Arbeiter u. Arbeiterinnen

der

Fischkonserven Fabrik v. August Schumacher

am Freitag, den 14. Februar 1908

im Lokale des Herrn Dassler, „Kolosseum".

Musik: Jacobs Konzert-Orchester. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.
Preis Mk. 1.—

Der Vorstand.

Friedrich-Franz-Halle.

Morgen Mittwoch, den 5. Februar 1908:

Großer Antritts-Ball.

Musik: Brennersche Kapelle. Anfang 8 Uhr. Ende morgens.

Hierzu ladet freundlichst ein **Ludw. Stamer.**

Arbeiter-Notiz-Kalender 1908

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.:

Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die Reichseinnahmen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Sozialdemokratische u. Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internat. Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906. — Adressen der Arbeitersekretariate u. der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Münz- u. Gewichtstabelle. — Portotafel — Vielseitiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein Gruppenbild der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1907 in hochfeiner künstlerischer Ausführung.

Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteibuchhandlung.

Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Der Unterricht in **englischer Sprache** wird in dieser Woche am Mittwoch und Donnerstag wieder aufgenommen.

Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiterinnen!

Mittwoch, den 5. Februar: abends 8½ Uhr

Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Versammlung

am Donnerstag, den 6. Februar 1908, abends 8½ Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Der Vorstand

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Dienstag, 4. Februar, 8 Uhr, in „Monopol", Johannisstraße 25,

Vortrag

(für Damen und Herren) von Frau Gl. **Ebert-Coburg.**

Thema: **Die natürliche Erziehung.**

Stiftungsfest

Donnerstag, den 6. Februar, 8 Uhr, im Kolosseum.

Gesangliche, deklamatorische und musikalische Vorträge.

— **Zigeunertanz** —

ausgeführt von Mitgliedern des Vereins. Einstudiert von Frau **Littson, Balletmeisterin aus Helsingfors.**

BALL

Preise: Mitglied und eine Dame 80 Pf., Nichtmitglied und eine Dame 1 Mk., eine Dame allein 40 Pf. Karten bei den Herren Krieger, Fleischhauerstr. 40, Exter, Hüxstraße 111, Weiland, Königstraße 70, die Geschäftsstelle Breitestraße 67 und den Boten.

Konzerthaus Friedrichshof.

Am Sonntag, den 9. Februar:

Große öffentliche

Volks-Maskerade

Lokalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.

Maskenkostüme, sowie Kappen sind im Lokale zu haben.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei Herrn Aug. Evers, am Markt, und im Lokale Friedrichshof.

Otto Luck,

Klub Fidelitas.

Folgende Nummern wurden mit Gewinnen gezogen:

3	8	21	31	35	36	47
72	112	138	140	150	169	191
222	224	237	277	292	320	324
411	413	452	471	497	515	530
543	569	572	588	590	642	648
661	740	769	770	877	902	952
959	978	1000	1023	1034	1038	1056
1070	1104	1106	1117	1159	1166	1199
1201	1219	1265	1267	1305	1324	1352
1354	1387	1393	1427	1456	1461	1479
1490	1520	1543	1551	1552	1593	1631
1680	1748	1765	1771	1773	1786	1832
1856	1864	1878	1920	1939	1943	1958
1967	1974	2054	2057	2073	2104	2109
2156	2169	2224	2287	2300	2303	2308
2398	2406	2421	2473	2486	2488	2512
2514	2541	2556	2599	2610	2628	2642
2661	2680	2685	2689	2784	2785	2805
2816	2820	2824	2826	2834	2847	2854
2887	2889	2906	2963	2977	2994	3044
3059	3060	3123	3170	3187	3189	3303
3305	3362	3375	3380	3386	3421	3427
3466	3517	3532	3562	3575	3591	3615
3621	3639	3640	3691	3701	3722	3743
3746	3763	3773	3789	3812	3821	3825
3830	3831	3900	3946	3947.		

Die Gewinne werden am Mittwoch, den 5. Februar, von 6—8 Uhr, im Restaurant „Monopol", Johannisstraße 25, verabfolgt, später Hundestr. 80, p. Fl.

Die bis zum 1. März nicht abgeholten Gewinne verfallen der Klubkasse.

Der Vorstand.

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer.

Mitglieder-Versammlung

am 5. Februar 1908,

abends 8 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Bauarbeiterschutz-Konferenz und Wahl der Delegierten.
2. Unsere Lohnfrage für das Jahr 1908 und das Angebot des Arbeitgeber-Verbandes.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verein der Musiktreunde.

Mittwoch, den 5. Februar 1908,
abends 8 Uhr

im Kolosseum:

16. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth,**

Richard Wagner-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Rienzi".
Tonbilder aus „Die Walküre".
Charfreitagszauber aus „Parsifal".
Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold".

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etage.

Kaisertage in Wiesbaden

Das neue Kurhaus.
Besuch der Saalburg.

Hansa-Theater

Nur diese Woche.

Gastspiel der berühmten, aus 13 Personen bestehenden amerikanischen Pantomimen-Troupe **The Reed-Pinand-Company.**

Ein Abend in einem amerikanischen Tingeltangel.

Diese Troupe hat in Hamburg (Hansatheater) ausverkaufte Häuser erzielt. Ueberall war sie Tagesgespräch!

Dazu: Neues Künstler-Personal. Trotz der großen Unkosten, womit das Gastspiel verbunden ist, sind die Eintrittspreise nicht erhöht. Vorverk. bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: **L. Piorkowski.**

Mittwoch u. Donnerstag: Keine Vorstellg.
Freitag: **Der Hypochonder.**
Sonnabend: **Othello** (Jeder Platz 50 Pfg.)
Sonntag 4 Uhr: **Prinzessin Tulipane.**
Sonntag 7 Uhr: Doppel-Vorstellung.

Das Glöckchen des Eremiten.

Hierauf:

Doktor Klaus.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 29. Dienstag, den 4. Februar 1908. 15. Jahrg.

Bilder von der russischen Hungersnot.

Dr. Howard P. Kennard, der als Delegierter des englischen Hilfsfonds für die von der Hungersnot heimgesuchten russischen Bauern nach den Hungerdistrikten entsandt war, ist jetzt wieder in England eingetroffen; im „Wide World Magazine" gibt er Bericht von den Eindrücken, die er auf einer monatelangen Fahrt durch die von allem Verkehr abgeschnittenen einsamen Steppendörfer empfangen hat und schildert die Schwierigkeiten, auf die seine Mission stieß. „Die dürftigen Holzhütten waren in allen Stadien des Verfalls und der Verwahrlosung und fast alle der Dächer beraubt. Warum, sollte ich bald verstehen lernen. Einmal im Dorfe, brauchte man nicht mehr nach der Not zu suchen, von allen Seiten, aus jeder Hütte grinst sie einem entgegen. Bleiche Weiber und Männer, verlumpt, abgemagert, irren verzweifelt zwischen den „Isbas" umher, der Hunger spricht in allen Mienen seine Sprache. Durch kleine, trübe, kaum einen Quadratfuß große Scheiben starren einem trostlos traurige Gesichter an. Andere hocken vor den Türen ihres Heims. Heim! Welche Ironie. Das Heim des Elends und des Todes, wo Schwindsucht, Skorbut, Aussatz wohnen und alle Hoffnung und alles Glück längst gestorben. Und darin kauerten sie, Männer, Weiber, Kinder und Säuglinge, eng aneinander gepreßt, um sich gegenseitig zu wärmen, in manchen Hütten sind zwei, drei, vier Familien zusammengekrochen. Die einen haben ihre Isbas (Hütten) zertrümmert, um Feuermaterial zu gewinnen und dann beim Nachbar Obdach gesucht. Überall, in erschütternder Eintönigkeit, findet man die gleiche Geschichte. Ein Notjahr hat ihnen die Kraft geraubt, um dieser Hungersnot zu widerstehen, der furchtbarsten, die seit dem Schreckensjahr 1601 Rußland heimgesucht. Längst sind die letzten Pferde verkauft; die kräftigen und gesunden an die Reichen, die unbrauchbaren wurden geschlachtet. Nur die Vermögenderen haben vielleicht noch von ihren sechs Pferden ein abgemagertes, kraftloses Tier im Stall. Seit Monaten ist Brot und Wasser die Nahrung von zwanzig Millionen Menschen; hin und wieder kann noch ein Glücklicher sich den Luxus von Tee gestatten. Man kann sich danach ohne weiteres die Sterbeziffer vorstellen. Schon in normalen Zeiten erreicht die Kindersterblichkeit von der Geburt bis zum fünften Jahre die Höhe von 50 von 100. Nirgends ärztliche Hilfe, ein Landarzt durchschnittlich für 30 000 Bauern, die Straßen fast unpassierbar, Pferde kaum aufzutreiben und der Aberglaube Herr des Volkes! In Gemeinschaft mit den Semstwos ließ Dr. Kennard in einer Reihe von Dörfern Volksküchen errichten, in denen den Notleidenden wenigstens täglich einmal eine warme Mahlzeit aus Brot, Tee, Reis und Milch gereicht werden konnte. Aber in diesen Bestrebungen war ein mächtiges Hindernis zu bekämpfen: Es war das Verhalten der Polizei. „Was tat die Beamtenschaft, soweit sie Polizei heißt, um dies Werk zu fördern? Wird man es glauben, wenn ich es sage, daß alles geschah, um die Hilfe zu erschweren? Für jeden gebildeten Russen, der sich ohne einen Schutzbrief des Semstwos im Hungerdistrikt sehen läßt, heißt dies Wagnis sofortige Verhaftung. Ohne Genehmigung der Polizei darf keine Hilfsaktion stattfinden, und diese Genehmigung ist schwer zu erlangen. Sie wird verzögert, noch einmal verzögert, keine Reklamationen fruchten, in den meisten Fällen endet alles mit einem abweisenden Bescheid. Eine Anzahl Moskauer Damen kämpfen nun schon monatelang um die Erlaubnis, den Hungernden Hilfe zu bringen, noch heute ist die Polizei „beschäftigt", Erkundigungen über den Charakter der Damen einzuziehen. Ich gebe nur zwei Beispiele, die ich beweisen kann. Ein Gouvernementsbeamter wollte eine Gesellschaft zur Unterstützung der Hungrigen gründen. Er arbeitet wochenlang an der Organisierung des Unternehmens, bis er eines Tages von der Polizei die Weisung erhält, seine Tätigkeit einzustellen, da „Hungersnothilfe mit einer Stellung im Staatsdienste unvereinbar sei." Ein anderer Fall: Das Hilfskomitee des Semstwos läßt längs einiger Bahnstrecken und in den Wartesälen Plakate anbringen, die zur Unterstützung der Hilfsaktion aufrufen. Die Polizei entfernt die Plakate, und erst nach langwierigen Beschwerden bei den einzelnen Gouverneuren dürfen sie wieder aufgehängt werden; in der Zwischenzeit aber hatte die Polizei unter dem Vorwande, daß eine Sammlung von Geld und Waren ungesetzlich sei, die einzelnen Geber veranlaßt, ihre Schenkungen zurückzuziehen. Und wo die Beschlüsse der Regierungsbehörden dem selbstherrlichen Vorgehen der Polizei die Hände binden, findet man wirksame Umwege, um den Bemühungen der Hilfeleistenden Schwierigkeiten zu bereiten. In vielen Dörfern mußte ich es zu meinem größten Erstaunen erleben, daß meine Hilfe schlankweg abgewiesen wurde. Oft versuchte ich dann, angesichts der furchtbaren Not, ihnen die Hilfe aufzuzwingen; mit Steinen und Knüppeln jagte man mich aus den Dörfern. Oft rettete mich nur die Schnelligkeit meiner Pferde vor der Wut der Bevölkerung. Was bedeutet dieses eigenartige Benehmen, dieser Widerstand gegen ihre Rettung? Ich fragte und forschte, und schließlich erfuhr ich des Rätsels Lösung. „Viele sagen, Sie sind nur ein Spion der Regierung, oder ein englischer Tschinownik, der sie überreden will, jetzt Hilfe anzunehmen, um nach zwei Jahren alles mit Riesenzinsen zurückzufordern." Das war also der Grund ihres Mißtrauens. „Was werdet Ihr uns nehmen?" Das war die Frage, die ich oft beantworten mußte. Und auf die Frage: „Woher wißt Ihr?" klang es triumphierend im Chore: „O, die Polizei hat es uns gesagt!" Mehr als einmal ist Dr. Kennard das Ziel von räuberischen Anschlägen gewesen, die den „großen Säcken mit Gold" galten, die er — so hatte man es den Leichtgläubigen erzählt — bei sich führte; aber immer fanden sich einige Dankbare, die ihn vorher warnten. Nur auf der Heimfahrt ward er das Opfer eines Überfalls, aber ein Zufall rettete ihm das Leben.

Soziales und Parteileben.

Landestrauer auf Kosten des Arbeiters. Ist der Unternehmer seinen Angestellten gegenüber wegen Behinderung an der Dienstleistung durch die Landestrauer schadenersatzpflichtig? Diese Rechtsfrage hatte in einem Entschädigungsprozeß das Chemnitzer Gewerbegericht zu beantworten. Es handelt sich um einen Pianisten, der mit gesetzlicher Kündigung bei einem Schankwirt angestellt war. Anläßlich des Ablebens der früheren Königin Karola trat Landestrauer ein und für diese Tage hatte der Unternehmer dem Pianisten das Gehalt gekürzt. Dieser glaubte aber, er habe, da er nicht schuld an der Verhinderung gewesen, ein Recht auf Fortgewährung der vereinbarten Vergütung und klagte deshalb. Das Gewerbegericht entschied sehr merkwürdigerweise, daß der Unternehmer nicht entschädigungspflichtig sei, und erkannte auf Abweisung des Entschädigungsanspruches. Es bezog sich begründend auf § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Diese Bestimmung lautet: „Wird die aus einem gegenseitigen Vertrage dem einen Teile obliegende Leistung infolge eines Umstandes unmöglich, den weder er noch der andere Teil zu vertreten hat, so verliert er den Anspruch auf die Gegenleistung." Es sind also tatsächlich dem wirtschaftlich Schwächeren die Kosten der Landestrauer aufgebürdet worden. Vom sozialen Standpunkte aus läßt sich dieses Urteil nicht verteidigen. In der sozialen Gesetzgebung soll doch der wirtschaftlich Schwächere Schutz finden! Übrigens ist der obige Paragraph ganz und gar zu Unrecht angewendet worden. Hier hätte § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung finden müssen, der besagt, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig geht, „daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit.... ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird" Etwas mehr soziales Oel in der sozialen Rechtsprechung könnte nicht schaden. Es ist sehr bedauerlich, daß man auch einzelne Gewerbegerichte schon daran erinnern muß.

Die Arbeiterbildungsbestrebungen vor Gericht. Am Freitag hatte sich die Arbeitersekretärin Helene Grünberg in Nürnberg vor dem Schöffengericht Nürnberg wegen Übertretung einer Ministerialverordnung über die Errichtung von Unterrichtsanstalten zu verantworten. Der „liberale" Stadtmagistrat Nürnbergs betrachtete die von der Genossin Grünberg geleiteten gewerkschaftlichen Lehrkurse für Arbeiterinnen als genehmigungspflichtige Unterrichtsanstalten und stellte Strafantrag, als sich die Genossin Grünberg weigerte, um die Genehmigung nachzusuchen. Der Magistrat gedachte damit das Versammlungs- und Vereinsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen hinterrücks abwürgen zu können, das Gericht ließ ihn aber abblitzen. Es erkannte auf Freisprechung, weil es sich nicht um Lehranstalten mit einem bestimmten Lehrziel handle, sondern lediglich darum, Aufklärung unter den Arbeiterinnen zu verbreiten und Teilnehmerinnen in den Stand zu setzen, für die Verbreitung ihrer Ideen tätig zu sein.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich im Jahre 1907 nicht so günstig entwickelt als in den beiden vorhergehenden Jahren, besonders was die Mitgliederzahl anbetrifft. Einzelne Angaben darüber liegen allerdings nur wenig vor, doch kann man aus den vorliegenden Zahlen immerhin Schlüsse auf die Entwickelung der Gesamtbewegung ziehen. Der Metallarbeiterverband dürfte danach um rund 35 000 Mitglieder zugenommen haben, denn die „Metallarbeiterzeitung" zählte Ende 1907 380 100 Auflage, was gegen Ende 1906 ein Mehr von 36 900 bedeutet. Der Maurerverband dürfte nach der Schätzung des „Grundstein" um 10 000 Mitglieder zugenommen haben, während der Holzarbeiterverband wohl um 1500 bis 2000 Mitglieder abgenommen hat. Der Buchdrucker- und auch der Zimmererverband haben sich im abgelaufenen Jahre den Berichten zufolge recht günstig entwickelt. Sonst liegen zahlenmäßige Mitteilungen nur von einigen mittleren und kleineren Gewerkschaften vor. So hat der Gemeindearbeiterverband seine Mitgliederzahl um reichlich 3000 gesteigert. Der Maschinisten- und Heizerverband ebenfalls um mehr denn 3000, der Buchdruckereihilfsarbeiterverband um 3500, der Stukkateurverband um 250. Dagegen dürfte bei dem Bildhauerverband eine allerdings geringe Abnahme der Mitglieder eingetreten sein. Andere abschließende Zahlen über die Mitgliederentwickelung im Jahre 1907 sind nicht bekannt geworden. Nach dem „Korrespondenzblatt" dürfte der Jahreszuwachs der Gewerkschaften etwa 150 000 Mitglieder betragen. Die Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nur eine kleine Zahl von Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang aufweist (bis jetzt liegen nur 3 statistische und 7 Schätzungsergebnisse mit etwa 5000 Mitgliedern weniger vor). Es ist dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften, von geringen Schwankungen, wie sie alle Jahre vorkommen, abgesehen, ihren Bestand behaupten und sich demnach auch gegen die fernere Krisis als widerstandsfähig erproben werden. Große Fortschritte hat dagegen der innere Ausbau der Gewerkschaften gemacht. Drei kleinere Verbände haben sich größeren Berufsorganisationen angeschlossen, vor allem aber ist das Unterstützungswesen der Gewerkschaften weiter ausgebaut und die Finanzkraft derselben gestärkt worden. Und dieser Fortschritt der

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.
(14. Fortsetzung.)

Jeffreys hatte in den nächsten Wochen wenige Zeit, an seine häuslichen Verhältnisse und Liebessorgen zu denken. Der heftige Streit mit der Kirche und der hohen Kommission machte Reisen nötig; der König sandte ihn aus zu schrecken und zu drohen, aber bei aller seiner Verwegenheit und brutalen Unverschämtheit sah der Lord-Kanzler bald ein, daß sein Kollege Sunderland doch nicht so ganz Unrecht hatte, wenn er warnend auf die Zukunft deutete. Der furchtbare Lord fand viele finstre und schweigende Gesichter, selbst die Angst vor seiner Rache und seiner Bosheit war sichtlich nicht mehr so groß als früher, wo keiner es wagte, ihm den Rücken zu kehren, sondern jeder sich zu lächeln und ihn zu streicheln bemühte, ungefähr wie man einem wilden Tiere schmeichelt, um seine Krallen in den Scheiden zu halten. — Er traf jetzt auf Männer, die ihn nicht zu sehen und zu hören schienen, und je mehr er einigen hohen Geistlichen und einflußreichen Adeligen beteuerte, daß er manches widerraten und vieles mit Widerwillen getan, um so mehr trafen ihn höhnische Bemerkungen, Blicke des Hasses und Zeichen der Verachtung, die er unmöglich verkennen konnte. — Es lag ein unheimliches Schweigen auf England. Man flüsterte sich zu, man steckte die Köpfe zusammen, man erzählte seltsame Gerüchte von holländischen Heeren und Flotten, von dem kühnen, blassen Mann im Haag, der kommen werde, um Papisten und Jesuiten auszutreiben. Briefe liefen um, von Verbannten geschrieben, die zum kräftigen Beistand aufforderten und nächstens unter ihren Freunden zu sein versprachen. Niemand wußte, was er davon glauben sollte, und jeder hütete sich seine wahren Gesinnungen offen zu bekennen, denn des Königs Macht war groß, der Angeber gab es viele, Soldatenscharen aus Irland zogen von der Westküste herauf und vergrößerten den Schrecken und die geheime Wut. Dazu hörte man aus London von Volksaufläufen, die gewaltsam unterdrückt und hart bestraft wurden. Die Polizei war tätig, in vielen Grafschaften wurden die Milizen versammelt und gemustert, überall schlichen Horcher umher, und die erschreckten Beamten wollten durch äußern Eifer zudecken, wie wenig die meisten mit den strengen Befehlen der Regierung zufrieden waren. Der Kanzler erblickte daher dienstwillige Leute, nirgend wurde der Gehorsam verweigert, aber doch war es nicht wie sonst; ein finstrer Geist schien überall ihn zu begleiten. — Die Unruhe, welche ein gequältes Volk ergreift, das unter den Griffen seiner Herren einen Hoffnungsschimmer von fern leuchten sieht, das zitternde Verlangen nach Veränderung, die geheime Lust an dem Gedanken, endlich sagen zu können, was es so lange verschweigen mußte, die geheimen Wünsche nach Rache an seinen Henkern, verborgen unter der Hülle einer erheuchelten Demut und Ruhe, das alles bemerkte der Kanzler, und obwohl er sich bald wieder tröstete, daß diese ohnmächtigen Anwandlungen boshafter Wühlereien weit mehr lustig als fürchterlich seien, kam er doch jedes Mal mit ernsthaften Gedanken nach London zurück. Er verbarg sich nicht, daß er unter allen der gehaßteste Mann sei und er, der Plebejer und Protestant, nirgend eine Stütze besitze, als die eine — den König! Die Lords und hohen Herren, welche im Rat waren und den Hof bildeten, hatten in Adel und Geistlichkeit Verwandte und Freunde. Sie waren Glieder einer großen Kette, die fest in einander faßte; er hatte niemand. Er, der Sohn des Volks, war von allen gehaßt und vom Volke zumeist verabscheut. Nirgend gab es für ihn eine Hand, die ihn schirmen konnte, nirgend ein Wesen, das nicht hohnlachend und fluchend den Karren erblickt hätte, der ihn zur Richtstätte führte, wenn es einmal dazu kam. — In düstern und einsamen Stunden hatte der Kanzler zuweilen fürchterliche Träume und Bilder, die ihm Schlaf und Ruhe raubten, bis er zum Glase griff und seine gräulichen Orgien begann. Aber auch das hielt nicht vor. Er war ein Mann von gutem Gedächtnis, ein scharfer Kopf, ein Kenner der Gesetze und der Menschen; es leuchtete ihm daher ein, daß er auf jeden Fall sich eine Stütze schaffen müsse. — Vom Könige lassen konnte er nicht; sich heimlich nach dem Haag zu wenden fiel ihm wohl ein, aber er war zu verständig, um etwas davon zu hoffen. Dort lebten seine grimmigsten Feinde, die ihm entronnen waren, mit ihm wollte sich niemand verbinden; der erste Schritt hätte hingereicht, ihn als Verräter öffentlich zu brandmarken. So suchte er denn die Stütze, die ihn halten sollte, in seiner Heirat mit dem reichen, schönen Mündel, das er bewachte und dessen großes Vermögen er längst als sein rechtmäßiges Eigentum betrachtet. — Lätitia Grey war mit vielen großen Familien verwandt; ihr Gemahl hatte Anwartschaft auf Schutz, wenn etwa wirklich die Zeiten sich ändern sollten; es kam somit darauf an, sie zu gewinnen und durch jedwede Mittel zum Ziele zu gelangen.

Von jenem Tage an, wo Jeffreys in seiner ganzen Wut sich ihr gezeigt hatte, war er ein anderer geworden. Er ließ sich anfangs gar nicht blicken, aber er sandte ihr Briefe und Geschenke, Blumen, und was er als Zeichen seiner Ergebenheit auffinden konnte. Seine zärtlichen und klagenden Grüße kamen jeden Morgen, und statt des finstern, einäugigen Torntons war der gewandte Wilkins, der Kammerdiener und Schreiber, der Liebesbote seines Herrn, welcher besondere Instruktionen hatte, die Überredungen durch seine wahrheitsliebende Zunge zu verstärken.

Nach einer Woche hatte Jeffreys die Freude, seine Mühen belohnt zu sehen. Als er von seiner ersten Reise zurückkehrte, brachte ihm Wilkins ein Billet, das er mit schlauem Lachen aus dem Kleide zog.

Das Gesicht des Kanzlers verklärte sich, als er es las. — Lätitia sagte ihm Dank für seine Güte. — „Ich sehe wohl ein," schrieb sie, „daß Ihr es gut mit mir meint, und ich müßte sehr undankbar sein, wenn ich nicht davon gerührt sein sollte. Aber Euer Herrlichkeit wird wissen, warum ich noch immer ohne Vertrauen bin. Lebte ich in der großen Welt, so würde ich vielleicht anders denken und urteilen; in meiner Einsamkeit und Verlassenheit gebe ich mich meinen Erinnerungen hin und habe keine Hoffnung auf die Zukunft, denn ich habe den Wankelmut des Glücks und der Menschen zu sehr kennen gelernt."

„Hast Du irgend bemerkt" fragte der Lord, „daß ein neuer Versuch gemacht worden ist, zu ihr zu gelangen?"

„Nicht das geringste, Ew. Gnaden," versicherte Wilkins. „Tornton hat seine Posten überall, und meine Augen sind nicht müßig gewesen."

„Ist das Fräulein vergnügt, wenn Du sie siehst?"

„Wie es kommt, vergnügt oder niedergeschlagen. In der letzten Zeit jedoch war sie munter, wenn sie mich sah. — Euer Gnaden wissen, daß ich reden kann."

„Sie lachte zu Deinen Späßen?" rief Jeffreys.

„Nun, über manches, was ich erzählte, blieb sie nicht ernsthaft."

„Und sie fragte Dich nicht aus, wollte Dir keine Aufträge erteilen?" — Er sah den Schreiber mit einem Hyänenblicke an.

„Nicht ein Wort", erwiderte dieser. — „So viel ist gewiß, Ew. Gnaden, daß das schöne Fräulein entsetzliche

gewerkschaftlichen Organisation ist auch nicht gering einzuschätzen.

Ernte. Das Jahr 1907 mit seiner ungünstigen Entwickelung für die Arbeiter hat den Unternehmern reichliche Ernte eingebracht. Die meisten industriellen Unternehmen bringen für das letzte Jahr erhöhte Gewinne heraus. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia, die für 1905 einen Betriebsüberschuß von 10½ Millionen Mark erzielte, schloß für 1906 mit einem Überschuß von 15 Millionen Mark und für 1907 mit 15⅓ Millionen Mark ab. — Die Aktionäre der Glas- und Spiegelmanufaktur in Schalke sollen für das Geschäftsjahr 1907 14 Prozent Dividende erhalten. — Die Chemnitzer Aktienspinnerei in Chemnitz will für das letzte Jahr 10 Prozent verteilen, gegen 8 Prozent im Vorjahre. — Von 11⅔ auf 15⅙ Prozent geht die Dividende für die Aktionäre der Mechanischen Baumwollspinnerei Kaufbeuren hinauf. — Der „Neptun", Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock erhöht die Dividende von 6 auf 7 Prozent. — Die Leipziger Baumwollspinnerei bringt 16 Prozent heraus. — 1½ Prozent auf 13½ Prozent erhöhte sich die Dividende der Gummifabrik in Groschwitz.

Auch das Geschäftsjahr 1906/07 hat durchweg hohe und gesteigerte Gewinne erbracht, wie die folgende Aufstellung einer Reihe Unternehmen aufweist. Es betrug die

	Dividende im Prozent 1905/6	1906/7
Salpeterwerke Fölsch u. Martin in Hamburg	10	40
Rhein.-westfäl. Kupferwerke A.-G. in Olpe	10	10
Bismarckhütte	22	25
Posener Spritfabrik A.-G.	18	25
Königsberger Zellstoffabrik A.-G.	11	11
„Phönix" Bergbau A.-G., Köln	15	17
Eschweiler Bergwerksverein	14	14
Kölner Dynamitfabrik	15	15
Salzwerk Chamberg A.-G., Straßburg	12	12
Gehe u. Co. A.-G., Dresden	12	13
Konkordia, chemische Fabrik auf Aktien	—	13
Eisenwerk Kraft bei Kratzwicz	11	11
Portlandzement- und Wasserkalkwerk Mack	5	14
Harpener Bergbaugesellschaft	11	12
Vereinigte König- und Laurahütte	12	12
Lothringer Hüttenverein Aumetz und Friede	8	12
Mannheim-Bremer Petroleum A.-G.	3	12
Deutsche Gold- u. Silberscheideanstalt, Frankfurt a. M.	22	30
Chemische Fabrik Grünau, Lendshoff und Meyer	15	20
Zeitzer Paraffin- u. Salonölfabrik, Halle a. S.	11	12
Harkortsche Bergwerk und chemische Fabrik, Schwelm	12	10
Leipziger Gummiwarenfabrik Marx, Heise u. Co.	10	10
Chemische Fabrik Düsseldorf	12	11

Die Papierinhaber streichen nun die Ernte ein, während die Arbeiter mit Lohnkürzungen und Lebensmittelverteuerungen heimgesucht werden. Das nennt die besitzende und genießende Klasse: Göttliche Weltordnung!

Lebensmittelteuerung ist Österreich. Auch Österreich leidet schon seit längerem unter einer zum Teil durch eine verkehrte Zollpolitik hervorgerufenen schweren Lebensmittelteuerung. Im österreichischen „Konsumverein" finden wir eine Zusammenstellung der Preise der wichtigsten Lebensmittel im Oktober 1902 und 1907, der wir folgende Angaben entnehmen:

	1902 Heller	1907 Heller	Steigerung in Proz.
1 kg Auszugmehl	33	38	15,1
1 „ Erbsen, gespalten	44	54	22,7
1 „ Linsen	51	82	60,7
1 „ Butter	260	290	11,5
1 Ltr. Milch	25	30	20,0
1 Ei	6,6	7,5	13,6
1 kg Kartoffeln	8	10,5	31,2
1 „ Rindfleisch (hinteres mit Knochen)	151,11	176,43	16,8
1 „ Kalbfleisch	141,05	173,3	22,8
1 „ Schweinefleisch	142,05	176	23,8
1 Ztr. Steinkohlen	174	199	14,3
1 „ Koks	155	209	34,8

Eine Teuerung der notwendigsten Massenkonsumartikel von 11,5 bis 60,07 Proz.! Trotzdem wagte es der christlichsoziale Abgeordnete Bielohlawek bei Beratung der sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträge von einem „Teuerungsschwindel" zu sprechen.

Englischer Ballinismus. Auf den Tyne-Schiffbauwerften in London wurde eine Bekanntmachung angeschlagen, welche anzeigt, daß die Tyne-Schiffbauer-Vereinigung infolge der Arbeitseinstellung eines Teiles der Werftarbeiter sich in der Unmöglichkeit befinde, die Werke weiter in Betrieb zu erhalten. Die Dienste sämtlicher auf den Werften beschäftigter Arbeiter würden demnach nach Ablauf der Kündigungsfrist, am 15. Februar, endigen. Gleichlautende Bekanntmachungen sind in allen anderen Werften der Nordostküste erlassen worden.

Unser junges Essener Parteiorgan hat nun auch schon die gerichtliche Feuertaufe erhalten. Genosse Ostkamp' der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung", ist gestern mit 3 Wochen Gefängnis „bestraft" worden, weil er die Essener Stadtverwaltung beleidigt haben soll. Am 31. Oktober veröffentlichte die „Arbeiterzeitung" einen „Stammbaum", der sich mit dem Bureaudirektor Dräger und seinen Besoldungsverhältnissen beschäftigte. Das Gericht nahm an, daß darin der Stadtverwaltung der Vorwurf gemacht worden sei, sie lasse sich bei der Anstellung von Beamten weniger von sachlichen als von persönlichen Gründen leiten und der Bureaudirektor habe bei der Anstellung von Beamten Vetternwirtschaft getrieben. Die Beweisanträge des Genossen Ostkamp wurden abgelehnt.

Sozialdemokratische Bewegung in Transvaal. In Übereinstimmung mit der Resolution des Stuttgarter Kongresses betreffs Kolonialpolitik wurde in Transvaal ein sozialistisches Komitee gebildet, um gegen die Handlungsweise der Natalregierung, die die Zulus zur Rebellion zu treiben sucht, um sie ihres Landes zu berauben und sie zur Lohnsklaverei zu zwingen, zu protestieren. Zu diesem Zwecke wurde am Sonntag, den 22. Dezember, eine Massenversammlung abgehalten, in der über 2000 Abzüge der Stuttgarter Resolution verteilt worden sind. Diese Abzüge trugen auf der Rückseite folgende Resolution:

„In Anbetracht der Tatsache, daß der größere Teil der Bevölkerung Südafrikas aus Schwarzen besteht und daß diese vorwiegend Arbeiter sind, verpflichten wir — die weißen Arbeiter —, die mehr Gelegenheit hatten, das Wesen kapitalistischer Ausbeutung kennen zu lernen, uns, die farbigen Rassen gegen die Anmaßungen und Eingriffe, denen sie seitens der Handlanger des Kapitalismus, wie z. B. der Kolonialregierungen, zu unterstützen."

In der Versammlung waren sowohl Eingeborene wie Europäer anwesend, es entstand eine lebhafte Diskussion. — Es war dies das erste Mal, das diese Frage hier angeschnitten wurde. Ein reger Feldzug in dieser Richtung steht bevor.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 3. Februar 1908.

93. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Zahlreiche Kommissare.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den König und Kronprinzen von Portugal. (Die Sozialdemokraten haben den Saal verlassen.) Ferner teilt der Präsident mit, daß der Kriegsminister wegen Krankheit nicht an den Verhandlungen teilnehmen kann.

Die zweite Lesung des Militäretats wird beim Titel „Gehalt des Ministers" begonnen.

Hierzu liegt eine Anzahl Resolutionen vor.

Die Budgetkommission beantragt, beim nächstjährigen Etat eine Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Feldartillerie vorzulegen.

Graf Hompesch und Genossen (Z.) verlangen, daß die Übungen der Reservisten und Landwehrleute und die Pferdemusterungen nicht zur Erntezeit abgehalten werden, und einheitliche Bestimmungen über den Ernteurlaub der Soldaten.

Köhler und Genossen (WVg.) verlangen die Einführung fakultativer Landwirtschaftskurse im Heere.

v. Byern und Genossen (K.) beantragen Einstellung von Mitteln in den nächsten Etat, um den Mannschaften bei Urlaubserteilung mindestens einmal jährlich freie Fahrt unter möglichster Benutzung von Schnellzügen zu ermöglichen.

Dr. Ablaß und Genossen (FVp.) beantragen mit anderen Worten dasselbe.

Albrecht und Genossen (SD.) beantragen erstens baldige Vorlegung eines Entwurfs, betr. Reform des Militärstrafrechts; zweitens nachdrückliche Durchführung der gesetzlich garantierten Öffentlichkeit der Verhandlungen der Militärgerichte; drittens Erhöhung der Löhne für Gemeine und Gefreite, Spielleute, Ökonomiehandwerker und Sanitätsmannschaften und Bereitstellung der erforderlichen Mittel in einem Nachtragsetat; viertens alsbaldige Vorlegung eines Antrages auf Einführung der einjährigen Dienstzeit im Heere.

v. Byern (K.): Mit Genugtuung weise ich auf den Erlaß Sr. Majestät hin, der größere Einfachheit im Leben der Offiziere fordert. Den Kompagnie-Chefs sollte man größere Selbständigkeit lassen und ihre Dienstfreudigkeit nicht durch zu vieles Zwischenreden beeinträchtigen. Auch die Besichtigungen sollte man mehr einschränken. Ein allgemeiner Wunsch meiner Fraktion besteht darin, statt der großen Garnisonen mehr kleine zu bilden. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Kommission in Kapitel 21, Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen, erhebliche Streichungen vorgenommen hat, bedauern wir lebhaft. Gegen die Vorlegung einer Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie, wie die Kommission verlangt, habe ich nichts einzuwenden, aber die Einführung der zweijährigen Dienstzeit selbst bei der Kavallerie und reitenden Artillerie ist ganz unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Löhne haben wir an sich nichts; es wäre ja ganz schön: aber sorgen Sie für Deckung. Die Sozialdemokraten haben ferner beantragt, den Reichskanzler zu untersuchen (Stürmische Heiterkeit), pardon, zu ersuchen, für vermehrte Öffentlichkeit bei den Militärgerichtsverhandlungen zu sorgen. Wir sehen gar keine Veranlassung, diese Frage wieder aufzurollen. Gegen die sozialdemokratische Resolution auf Herabsetzung der Dienstzeit sind wir selbstverständlich. Dagegen betrachten wir als ebenso selbstverständlich die Annahme der Zentrumsresolution, die Reservisten nicht während der Erntezeit zur Übung einzuberufen.

Häusler (Z.): Die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie ist eine ungerechte Belastung eines Teiles der Bevölkerung, die auch aus militärischen Gründen nicht gerechtfertigt werden kann, vielmehr ist die Beseitigung des dritten Dienstjahres sehr gut möglich, wie das Institut der Einjährig-Freiwilligen auch bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie zeigt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aber die Dienstzeit auf ein Jahr herabzusetzen, ist, wie es der sozialdemokratische Antrag will, nicht möglich, denn in einem Jahre kann der Mann nicht zu einem fertigen Reiter ausgebildet werden. Es ist richtig, daß man sich in Frankreich, wo man die zweijährige Dienstzeit sofort für das ganze Heer eingeführt hat, in bezug auf die Kavallerie in einer prekären Lage befindet. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Das liegt aber daran, daß man dort beim Übergang zur zweijährigen Dienstzeit nicht für genügend Dreijährig-Freiwillige gesorgt hat. Bei uns dagegen ist, dem militärischen Geiste der Deutschen entsprechend, der Andrang von Dreijährig-Freiwilligen zur Kavallerie sehr groß. Die Ausbildung muß unsere Kavallerie zum Aufklärungsdienst im Kriege tauglich machen; dazu genügen aber zwei Jahre. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie und reitende Feldartillerie ist aus menschlichen, bürgerlichen und volkswirtschaftlichen Gründen zu fordern. Frankreich ist uns mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorangegangen, Deutschland wird folgen müssen, denn es handelt sich um eine Forderung der fortschreitenden Kultur und der ausgleichenden Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Oberst Freiherr v. Gebsattel: Das Erscheinen der Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie und reitende Feldartillerie ist bereits in der Kommission zugesagt worden. Der Abgeordnete Häusler blickt auf eine lange Dienstzeit zurück und seine Äußerungen werden daher als die eines Sachverständigen betrachtet werden. Deshalb lege ich Wert darauf, zu erklären, daß die bayerische Regierung — der Abgeordnete Häusler hat seine Erfahrungen in Bayern gesammelt — der Ansicht ist, daß bei der zweijährigen Dienstzeit die Leistungen der Kavallerie erheblich herabgedrückt werden würden. Das Ausbildungspersonal ist jetzt bereits aufs äußerste angestrengt, bis zur letzten Faser. Radfahrer und Luftschiffe werden die Kavallerie nie ersetzen. Die geschlossene zweigliedrige Attacke der Kavallerie brauchen wir, um die feindliche Kavallerie wegzuwischen; denn erst dann kann die Kavallerie ihre Aufklärungstätigkeit beginnen. (Sehr richtig! rechts.)

Graf Oriola (NL.) begrüßt freudig, daß eine zweckentsprechende Uniformierung der Truppen eintreten solle. Der Einführung der Automobile für das Proviantwesen stehe er sympathisch gegenüber. Den zur Disposition stehenden Offizieren müsse jede Freiheit in der Bekundung ihrer politischen Meinung gewährt werden. Die Sozialdemokratie müsse von den Kasernen ferngehalten werden. Die Tätigkeit der Kriegervereine, die eine kräftige Wehr gegen die Sozialdemokratie darstelle, begrüße er. Den Resolutionen der Sozialdemokraten betreffend die Öffentlichkeit der Militärgerichte und der Revision des Militärstrafgesetzbuches stimmen wir zu, ebenso der Resolution Ablaß betr. freie Heimatreise der Soldaten. Ausschluß der Öffentlichkeit des Militärgerichts-

---

Langeweile hat und, wenn sie im Garten umherwandelt, sehnsüchtige Blicke durch die Gitter auf die Welt wirft."

„Sonderbar!" murmelte Jeffreys. — „Habt Ihr auch nichts von dem Burschen wieder gesehen, der an jenem Abende sich hier eingeschlichen hatte? Ich meine den William Howe."

„Nein", sagte der Schreiber. „Ich habe, wie Ew. Herrlichkeit es befahl, sechs Kerle dazu ausgesucht, die zu den besten gehören. Auf Schritt und Tritt sollten sie an seinen Fersen sein, und wenn der rechte Augenblick gekommen wäre, wo sie ihn allein gefunden hätten, an irgendeiner einsamen Stelle" — er lachte leise und krabbelte mit den Fingern an seinem Hals — „würden sie gewiß mit größter Höflichkeit seine nähere Bekanntschaft gemacht haben. Aber sie haben sämtlich geschworen, Sir William sei nicht zu finden. Er sei verschwunden, niemand wisse, wohin er gekommen. Seine Freunde glauben ihn auf dem Lande, andere halten ihn für versteckt, vielleicht verwundet oder verunglückt."

Der Kanzler ging nachdenkend auf und nieder, eine rachsüchtige Freude zuckte um seinen Mund. Vielleicht hatte sein Degen in der Finsternis ihn doch hart oder tödlich getroffen, vielleicht moderte er irgendwo in einem Winkel der Auferstehung entgegen. Jedenfalls war er verschwunden, und je länger er seinen vertrauten Diener ausfragte, um so mehr überzeugte er sich, auch Lätitia wisse nichts von ihm.

Er unterrichtete sich aufs genaueste. Lätitia war unruhig, betrübt, weinend gefunden worden, dann heftig reizbar, endlich erzürnt und nun aufs äußerste gepeinigt und gelangweilt. — „Sie sieht sich verlassen und wird zahm werden", sagte er sich lachend. „Ich kenne die Weiber!"

„Wenn Euer Herrlichkeit dem Fräulein einen Besuch machen wollen", meinte Wilkins, der seine Gedanken erriet, „so wird sie gewiß erfreut sein."

„Noch nicht", erwiderte Jeffreys, „es ist noch nicht Zeit. Dieser wilde Falk, mein guter Junge, muß mit Kappe und Kette noch etwas länger einsam auf der Stange sitzen, ehe man ihn fliegen lassen darf. — Fahre Du fort, ihr von mir zu erzählen, rühme mich, wasche mich weiß, zeige mich im Lichte der verkannten Unschuld."

„Als Friedensengel mit der Lilie", rief der Schreiber. „Ich tue es alle Tage."

„So ist es recht", sagte der Kanzler mit seiner Bosheit aus Old-Bailey. „Ich als Engel des Lichts, voran und hinter mir der liebenswürdige Master John Ketsh, der Deine Ohren so teufelmäßig mit seinem stumpfen Messer absäbelte, als Seraph im leuchtenden Gewand!"

„Haha!" schrie Wilkins, „Ew. Herrlichkeit treffen immer das Rechte. Es war die spaßhafteste Stunde meines Lebens."

„Junge," sagte Jeffreys, „der Teufel hat Deine Ohren geholt, aber wenn ich Hochzeit mache, sollen Dir, wie dem Könige Midas, ein Paar goldene dafür wachsen."

„Nein, nein! mein gnädiger Herr," rief Wilkins, „ich behalte meine hölzernen, unverwüstlichen Gehörwerkzeuge, mit denen ich ganz zufrieden bin, aber an Ew. Herrlichkeit Ehrentag werde ich mir eine andere Gnade ausbitten."

„Und ich will sie Dir gewähren," versetzte der Kanzler mit einem tüchtigen Schlag auf des Schreibers Schulter. — „Jetzt geh. Bringe diesen Brief meiner schönen Braut, mache sie lüstern auf meinen Empfang, fülle ihr Herz mit Sehnsucht, und wenn ich zur Kirche fahre, fordre Deinen Lohn."

„Ich will es nicht vergessen", sagte Wilkins grinsend, „und will tun, was ich vermag, um diesen Tag zu beschleunigen."

Nach einer Stunde stieg der Lord in den Wagen, um eine neue Reise zu beginnen, und als die Tore geschlossen waren, verfügte sich Wilkins zu seiner Pflegebefohlenen.

Lätitia Grey saß in dem großen Zimmer allein bei einer Filetstickerei, die sie hastig auf die Tafel warf, als er eintrat.

„Bringt Ihr mir Nachricht, guter Wilkins?" fragte sie hastig.

Der Schreiber sah scheu umher. — „Wo ist Mistreß Burns?" fragte er leise.

„Dort im Nebenzimmer", erwiderte Lätitia. — „Sie will nichts sehen und wird nichts sehen. Sie weiß zu gut, wie es mit uns steht, und doch will sie ihr Gewissen bewahren. — Fürchtet nichts, Wilkins, sie hat mich lieb."

„Hier ist ein Brief," sagte dieser, indem er ihr ein Schreiben übergab. „Verbrennt ihn sogleich."

„Von Burnet und von ihm!" flüsterte Lätitia, indem sie aus dem ersten Papier ein zweites hervorzog und mit der heftigsten Freude öffnete. — „Ah! Wilkins, wie viel danken wir Euch. — Er ist in Holland, im Haag, alles geht gut, bald — bald wird er kommen — glückselige Stunde! Doch Mut, ja Mut!"

„Und List!" sagte Wilkins. — „Hier ist noch ein Brief." Er reichte ihr die zärtlichen Zeilen des Kanzlers.

„Der Elende!" rief die junge Dame, den Brief auf den Tisch schleudernd. „Meine Finger ekeln sich, das Papier zu berühren."

„Ihr müßt es lesen und müßt antworten", flüsterte der Schreiber. — „Macht ihn sicher, heuchelt, überwindet Euren Haß. — Wer haßte ihn mehr, als ich!" sagte er, „und doch umkriece ich seine Füße und küsse die Hände, die ich von meinem Blut rauchen sehe."

„Es muß so sein", sagte Lätitia, „Ihr habt recht".

„Ihr gewinnt Zeit", fuhr Wilkins fort, „bis alle Vorbereitungen getroffen sind, damit Ihr sicher vor ihm sein könnt, ohne Hab und Gut zu verlieren. Eine ganze Woche und länger mögt Ihr Euch bedenken, ihn zu empfangen, denn eher kehrt er nicht zurück, und bis dahin kann manches geschehen."

„O! Wilkins", sagte Lätitia, „helft uns diesem entsetzlichen Mann entrinnen, und unsere Dankbarkeit soll grenzenlos sein."

„Dasselbe," erwiderte der Schreiber höhnisch, „hat auch er mir heut versprochen, und ich habe ihm beteuert, was ich Euch schwöre: treu ihm zu dienen, so viel ich es vermag. — Seid ruhig schöne Dame," fuhr er fort. „Er hat mir zugesagt, an seinem Ehrentage mir zu lohnen, ich will meinen Lohn einfordern. — Ha! dieser Ehrentag wird kommen, und ich werde auf seiner Hochzeit tanzen," rief er mit unterdrückter Wut aus. — Sein Gesicht nahm den Ausdruck der glühendsten Rachlust an. Doch dieses glätterte sich sogleich wieder, als er draußen Schritte hörte. — „Man bringt Euch die Speisen," sagte er. — — „Hütet Euch vor jeder Unvorsichtigkeit; Tornton ist wachsamer als je. — Sobald es angeht, führe ich den Doktor zu Euch; und zur rechten Stunde seid Ihr frei!"

(Fortsetzung folgt.)

verfahrens sollte nur erfolgen, wenn es das Interesse der Sache und die Disziplin erfordert. Redner geht dann auf die Einzelwünsche der Militärbeamten, Techniker, Büchsenmacher usw. ein und fordert für die Militärkapellmeister eine Verbesserung der Stellung. Für die Unteroffiziere müsse etwas Ordentliches geschehen. Auch die Löhnung der Gemeinen müsse aufgebessert werden. Bei der Vergebung der Arbeiten müßten selbständige Arbeiter berücksichtigt werden. Das Kautionswesen müsse reformiert werden. Der zweijährigen Dienstzeit auch für die Berittenen stimme seine Partei nicht zu. Einer Denkschrift seitens der Regierungen würde sie aber mit Interesse entgegensehen.

Bebel (SD.): Wir brauchen keine Agitationsanträge, denn wir wissen, daß die Kasernen die besten Agitationsherde für die Sozialdemokraten sind. (Widerspruch rechts.) Fahren Sie nur mit Ihrem System so fort, dann machen wir sicherlich kein schlechtes Geschäft. Ich habe früher bereits einmal eine Rede gehalten, in der ich gesagt, ich freute mich, daß die Kriegervereine existierten, weil sie zumeist an Orten entstanden, wo sonst noch kein Zusammenschluß vorhanden war. Die dadurch veranlaßte Anregung ist immer noch besser als der Indifferentismus und schließlich arbeiten die Kriegervereine doch immer noch für uns. (Lachen rechts.) Wir haben die Resolution auf Durchführung der Öffentlichkeit bei Kriegsgerichten und auf Reform des Beschwerderechts wieder eingebracht, weil die Regierung dem vorjährigen freisinnigen Antrag nicht Folge gegeben hat. Leider wird überhaupt zu wenig von der Regierung auf die Beschlüsse des Reichstages Rücksicht genommen. Durch die Erhöhung der Löhnung, die wir wünschen, werden allerdings Mehrkosten entstehen. Das ist aber nur recht und billig. Die sozial-wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich so geändert, daß die auf frühere Verhältnisse zugeschnittene Löhnung nicht mehr ausreicht. Wenn gesagt wird, wir könnten gut Anträge für Erhöhung der Löhnung stellen, weil wir den Etat ablehnten, nun, wir lehnen den Etat nur so lange ab, bis die Einnahmen auf unsere Forderung gewährt werden. Jetzt muß der Arbeiter durch die ungerechten Steuern ungerechter Weise im Verhältnis mehr Steuern zahlen als der Reiche, und einer solchen Finanzpolitik können wir nicht zustimmen. Führen Sie direkte Steuern ein, dann werden auch wir für den Etat stimmen. Mit großer Genugtuung habe ich begrüßt, daß wir endlich einmal von zwei Militärs, Herrn v. Byern und Herrn Häusler, Dinge gehört haben, die sie früher nicht anschnitten. Ich habe mich vor allem gefreut, daß ein konservativer Herr für Ersparnisse eintrat. Es ist auch notwendig, denn der Etat bringt trotz der Byernschen Erklärungen, daß Ersparnisse im Heerwesen eintreten sollten, Mehrausgaben von 58 Millionen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Den Streit zwischen Herrn Häusler und dem bayerischen Militärbevollmächtigten kann ich nicht verstehen. Das ist immer so, wenn Sachverständige einander gegenüberstehen. Ich meine, daß sich die zweijährige Dienstzeit sehr gut für die Kavallerie durchführen ließe. Genau dieselben Bedenken, die man jetzt gegen die zweijährige Dienstzeit der Kavalleristen erhebt, hat man früher auch gegen die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie geltend gemacht und jetzt sieht man doch, daß diese Bedenken nicht berechtigt waren. Es geht auch mit den zwei Jahren ganz gut. Redner kommt dann auf die Erklärung des Kriegsministers bei dem Hauptetat über den Fall Hohenau und Lynar zurück. Ich bin mir zweifelhaft, ob der Kriegsminister heute nach dem Urteil gegen die beiden Herren seine damalige Erklärung aufrecht erhalten würde. Bedenklich erscheint mir das Verhalten der Militärverwaltung im Falle Göben in Allenstein, daß man nämlich den Mörder wieder einmal für geisteskrank hält. Man müßte einmal einsehen, daß auch der Offizier nicht unfehlbar ist. Es ist vom Kriegsminister bestritten worden, daß der Kriegsgerichtsrat Romen die Anklageschrift gegen meinen Parteifreund Liebknecht verfaßt hat. Ich muß demgegenüber darauf hinweisen, daß der Oberreichsanwalt erst nach Monaten eingriff. Der Oberreichsanwalt hat aber selbst gesagt, daß die Liebknechtsche Broschüre ihm von einer Seite vorgelegt worden sei, die ein Interesse daran habe. (Hört, hört! bei den Soziald.) Ich muß nach dieser Aussage des Oberreichsanwalts doch Zweifel an der Erklärung des Kriegsministers hegen. Man hat sich allgemein gegen unseren Antrag auf einjährige Dienstzeit ausgesprochen. Wir meinen, die Zeit drängt dazu, daß wir zur einjährigen Dienstzeit kommen. Es ist übrigens eine Ungerechtigkeit, daß man den Bemittelten das Einjährigenprivileg gewährt, während die anderen zwei und drei Jahre dienen müssen. Ich will gar nicht leugnen, daß wir mit diesem Antrag den Weg zum Milizheere ebnen wollen, aber dabei finden wir uns in Gemeinschaft mit Herrn v. Bennigsen, dem nationalliberalen Führer, der seinerzeit ein Milizheer forderte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Redner weist sodann in eingehenden Darlegungen nach, daß das Milizheer dem stehenden Heere vorzuziehen sei. Die langwierigen Kriege, der dreißigjährige Krieg und der siebenjährige Krieg, seien von stehenden Heeren geführt worden und haben doch so viel Zeit und Geld gekostet, während die Kriege unter Cromwell und zwischen den amerikanischen Süd- und Nordstaaten von Milizheeren bald zu Ende geführt wurden. Man braucht doch bloß daran zu denken, was Scharnhorst und Gneisenau von der „Bande" von Milizheer dachten. Unser stehendes Heer krankt an seinem Rangsystem, der ganze preußische Staat würde ja umfallen, wenn plötzlich ein Leutnant bei uns ein Regiment kommandieren sollte. Da war Napoleon anders. Er ließ seine tüchtigen Leute schnell avancieren und machte sie zu Marschällen. Napoleon selbst wäre ja bei uns gar nicht einmal genommen worden, weil er zu klein war (Heiterkeit), und dabei wird er doch auch bei uns als tüchtiger Militär anerkannt. Die Schweiz macht mit ihrem Milizheer sehr gute Erfahrungen. Die Schweizer Artillerie ist sogar ganz vorzüglich. Bei unserem Heer hat man aber häufig den Eindruck, als würde Spielerei getrieben. Man braucht nur an die großen Attacken zu denken, über die der General Keim ein sehr hartes Urteil gefällt hat. Ähnliche Bestrebungen wie wir haben ja auch in Württemberg die Volksparteiler gehabt. Sie haben im württembergischen Landtag einen Antrag eingebracht, die Dienstzeit auf sieben Monate festzusetzen. Dann kam aber der Krieg von 1870 und warf diese Bestrebungen der württembergischen Volksparteiler über den Haufen. Aber Sie betrachten ja unser Heer nicht als Mittel gegen den äußeren Feind, sondern hauptsächlich als Mittel gegen den inneren Feind. Bei unserer heutigen schlechten Finanzlage wäre es das beste, Sie gingen unseren Weg und führten das Milizheer ein. Das tun Sie aber nicht und so werden Sie die Unzufriedenheit immer weiter fördern, bis das ganze System zusammenbricht. (Beifall b. d. Sozialdemokr., Lachen rechts.)

General Sixt v. Arnim (Rp.): Den Herren, die so freundlich über die Armee sprachen, danke ich bestens. Die Anregungen werden nicht unter den Tisch fallen, sondern Gegenstand von Erwägungen bilden. Die Militärverwaltung steht einigen der Resolutionen freundlich gegenüber. Wenn es irgend möglich ist, um Übungen während der Erntezeit zu vermeiden, wird geschehen. Mit der Überführung der Frau v. Schönebeck in eine Irrenanstalt hat die Militärverwaltung nichts zu tun, das ist Sache der bürgerlichen Gerichte. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich bei der vorgerückten Stunde auf die historische Rede des Abg. Bebel antworte. Übrigens würde alles, was ich gegen diese Rede sagen würde, die Wirkung der Rede nur abschwächen. (Hkt. u. Beif.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Gefährlichkeit der einzelnen Industriezweige.

Nach den Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften im Jahre 1906 kamen in diesem Jahre entschädigungspflichtige (d. h. nach 13 Wochen nicht geheilte) Unfälle auf 1000 Vollarbeiter (1 Vollarbeiter = 300 geleisteten Arbeitsschichten):

Berufsgruppen	überhaupt	Tod	Davon hatten zur Folge dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	teilweise	vorübergehende Erwerbsunfähigkt.
Bergbau	15,70	1,76	0,09	5,82	8,03
Steinbrüche	14,98	1,53	0,12	5,70	7,63
Glas, Töpferei, Ziegelei	6,62	0,54	0,06	1,82	4,20
Eisen und Stahl	11,23	0,61	0,11	5,68	4,83
Metall, Feinmechanik	6,77	0,22	0,07	4,75	1,73
Chemie	9,24	0,65	0,17	5,98	2,44
Gas- u. Wasserwerke	6,23	0,45	0,08	1,84	3,86
Textilindustrie	3,07	0,14	0,01	1,72	1,20
Papier, Buchdruck	4,80	0,20	0,04	2,14	2,42
Leder, Bekleidung	3,73	0,15	0,02	2,53	1,03
Holz	13,19	0,47	0,03	5,58	7,11
Nahrungsmittel, Tabak usw.	4,60	0,15	0,01	1,44	4,00
Müllerei, Zucker, Brauerei	11,50	1,00	0,09	3,87	5,28
Bauwesen	11,00	0,97	0,11	3,87	6,05
Priv. Bahnbetriebe	7,20	0,74	0,32	4,03	2,11
Lagerei, Fuhrwesen	15,06	1,27	0,08	4,12	9,59
Binnenschiffahrt	14,11	2,91	0,09	3,03	8,08
Seeschiffahrt	6,70	1,40	0,01	2,34	2,95
Gewerbliche Berufsgenossenschaft	9,48	0,72	0,08	4,01	4,67
Marine- und Heeresverwaltung	4,41	0,29	0,12	1,75	2,35
Oeffentl. Baubetriebe	7,25	0,72	0,18	2,89	3,46
Staatseisenbahn, Post, Telegraph	7,42	1,20	0,52	3,14	2,56
Staatl. Schiffahrt usw.	11,50	1,53	0,31	3,22	6,44
Staatl. Ausführungsbehörde	7,16	1,04	0,44	2,97	2,71

Der gefährlichste Beruf ist naturgemäß der Bergbau mit 15,7 entschädigungspflichtigen Unfällen auf 1000 Vollarbeiter, darunter 1,76 tödlichen; ihm folgt Lagerei und Fuhrwesen mit 15,06 resp. 1,27. Bezüglich der Getöteten übertrifft die Binnenschiffahrt freilich noch diese Berufe; sie wies deren 2,91 pro Tausend auf. Den geringsten Gefahren sind die Arbeiter in der Textilindustrie ausgesetzt, wo auf 1000 Vollarbeiter nur 3,07 Unfälle, davon 0,14 tödliche, sich ereigneten, oder — wenn man die einzelnen Berufsgruppen zerlegt — die Tabakindustrie mit 0,56 entschädigten Unfällen.

Hervorhebenswert ist der Unterschied zwischen der Unfallhäufigkeit in den privaten und den staatlichen Betrieben; erstere hatten im Durchschnitt 9,48 schwere Unfälle auf 1000 Vollarbeiter, letztere 7,16. Bei Vergleichung ähnlicher Betriebszweige tritt das noch mehr hervor. Während die private Binnenschiffahrt 14,11 Unfälle (davon 2,91 tödliche) aufweist, sind es in der staatlichen Schiffahrt 11,5 (1,53). Das private Baugewerbe hatte 11,0 (0,97) Verletzte auf 1000 Vollarbeiter, das öffentliche nur 7,25 (0,72). Offenbar nimmt man es in den staatlichen Betrieben doch noch etwas gewissenhafter mit den Unfallverhütungsvorschriften; auch ist das Produktionstempo hier noch nicht in derselben Weise wie in den Privatbetrieben allein von der Sucht nach einem möglichst großen Profit diktiert.

Was die weiteren Unfallfolgen anlangt, so haben die gegebenen Zahlen keinen unbedingten Vergleichswert. Wie wir schon öfters betonten, gestaltet sich die Praxis der Berufsgenossenschaften immer arbeiterfeindlicher, d. h. immer mehr auf eine Herabdrückung oder gar Entziehung der Rente und weniger auf eine Verhütung der Unfälle gerichtet. Daraus erklären sich auch solche auffallenden Unterschiede wie die zwischen privaten Fuhrwesen und staatlichen Eisenbahn- usw. Betrieben. Diese beiden Gruppen haben etwa den gleichen Prozentsatz tödlicher Unfälle (1,57 bezw. 1,20); dagegen verhält sich der Prozentsatz der eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit bedingten Unfälle wie 0,08 : 0,52, ist also in den Staatsbetrieben 6½mal so groß.

Aus dem Gerichtssaal.

Schreckensjustiz gegen Anarchisten. In Berlin hatte sich am Freitag der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Der Revolutionär", Schmied Gustav Schünemann, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Anreizung zum Klassenhaß, Beleidigung der Berliner Kriminalpolizei usw. vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I., unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettstößer, zu verantworten. Unter Anklage gestellt war ein Artikel in Nr. 47 mit der Überschrift „Antimilitaristisches", ein anderer Artikel unter derselben Überschrift, sodann ein Artikel in Nr. 46 unter der Überschrift „Parasiten", ein Artikel in Nr. 48 unter dem Titel „Syndikalismus und Anarchismus" und eine Broschüre „Blätter aus der Geschichte des spanischen Proletariats". Der Inhalt dieser Artikel enthält nach der Ansicht des Staatsanwalts Dr. Fiegen Verstöße gegen die §§ 130, 131 und 186 des Strafgesetzbuchs. Der Staatsanwalt beantragte trotz der geringfügigen Vorstrafe des Angeklagten das hohe Strafmaß von 9 Monaten Gefängnis. Das Gericht ging noch weit über dies Strafmaß hinaus. Es führte aus: Der Anarchismus will nicht bei einer passiven Resistenz stehen bleiben, sondern zu aktiven Handlungen übergehen, d. h. zu Handlungen gegen die Gesetze. Ein Blatt, das unter dem Motto erscheint: „Die Lust zur Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust" könne dem Redakteur von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß er unter Respektierung der bestehenden Gesetze nicht tätig sein kann. Der Gerichtshof hat in allen inkriminierten Artikeln das Vorhandensein strafbarer Handlungen im Sinne der Anklage festgestellt, mit Ausnahme des Artikels „Syndikalismus und Anarchismus". In den Artikeln werden nicht Streitfragen theoretisch erörtert, sondern zur Tat durch den Generalstreik, den ökonomischen Terror und die Bombe aufgefordert. Das Vorgehen solcher Blätter, welche den bestehenden Gesetzen direkt zuwiderhandeln und den Terror offen empfehlen, berge eine große allgemeine Gefahr in sich und deshalb habe der Gerichtshof den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Ein oberschlesischer Musterpolizist. Der Polizeisergeant Johann Posimski aus Königshütte ist vor seiner Einstellung als Polizeibeamter wegen Gefangenenbefreiung und qualifizierter Körperverletzung vorbestraft und 14mal disziplinarisch wegen verschiedener Verfehlungen im Dienste. Alles das tut in Preußen nichts, deshalb wurde der Herr doch Schutzmann! Am 22. März v. J. kamen Bismarckhütter junge Leute vor der Gestellung aus Beuthen nach Königshütte, wie gewöhnlich in solchen Fällen etwas angeheitert. Mit dem Polizeibeamten Meusel bekamen sie angehenden Vaterlandsverteidiger Krach. Er konnte sich schließlich am Postamte in Königshütte nicht mehr erwehren, so wurde er den von 25 bis 30 Mann an die Wand gedrückt. Der Stadtrat Bozian holte den angeklagten Posimski herbei. Dieser griff gleich mit rauher Hand ein. Die Leute verzogen sich langsam und Meusel konnte die „Hauptmacher" Schmidt und Smolka festnehmen. Inzwischen hatte Posimski den Grubenarbeiter Kolodziej aufgefordert, vom Bürgersteige zu gehen. Da Kolodziej nicht gleich ging, gab ihm Posimski mit der Faust einen Schlag ins Gesicht, daß ihm der Hut in den Dreck fiel. K. verlangte nun, P. solle ihm den Hut abputzen. „Warte, das werde ich gleich machen," sagte P., faßte den K. an der Schulter und schleppte ihn nach der Wache, ohne daß K. für verhaftet erklärt worden war; er widersetzte sich auch nicht. Beim Eintritt in den Hof des Polizeigefängnisses nahm sich Posimski den Kolodziej nochmals vor, er stieß ihn zweimal mit der Faust in die Rippen und gab ihm drei Schläge mit der Hand ins Gesicht und drei Schläge auf den Hinterkopf. Aus dem gegenüberliegenden Gerichtsgebäude sahen Amtsrichter Dobraschke und Referendar Fritz Köster dem Schauspiel zu. In der Strafanzeige, die die beiden Gerichtsherren erstatteten, schrieb Herr Köster: „Die Sache machte auf uns einen so widerlichen Eindruck, daß wir beschlossen, den Polizeibeamten anzuzeigen; ich kannte ihn nicht dem Namen nach, habe mir aber am nächsten Tage seine Nummer gemerkt." Der Staatsanwalt bezeichnete das Vorgehen des P. als äußerst verwerflich und beantragte — 50 Mk. Das Gericht erkannte auf ganze — 75 Mk. Geldstrafe.

Der Geliebte der Mörderin vor Gericht. Vor der Strafkammer des Landgerichts Freiberg spielte sich der erste Akt der Tragödie der Bürgermeisterstochter von Brand ab. Der Kaufmann Merker hatte sich wegen Unterschlagung zu verantworten. In den Jahren 1904/05 war er als Reisender bei einer Freiberger Firma angestellt. Er ist geständig, in der Zeit vom November 1904 bis Juli 1905 kassierte Gelder im Gesamtbetrage von 2300 unterschlagen und in seinem Nutzen verwendet zu haben. Merker trat Ende Februar 1905 in Verkehr mit Grete Beier, die ihm nach und nach za. 4000 Mk. von ihr selbst unterschlagener aus der Hinterlassenschaft des Armenhausverwalters Kröner stammender Gelder schenkte. Von diesem Gelde hat Merker teilweise seine Unterschlagungen gedeckt. Auch hat Bürgermeister Beier 1200 Mk. aus seinem Vermögen zur Deckung von Unterschlagungen Merkers hergegeben. Im März 1907 wurde der Angeklagte stellenlos. Die Schuld daran gab er seiner damaligen Geliebten. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Rudert, gibt der Angeklagte zu, ausgiebig in intimer Weise mit der Grete Beier verkehrt zu haben. Diese habe ihn von Dresden öfter telephonisch oder telegraphisch nach Brand gerufen unter der Vorgabe, er müsse ihr in ihrer Not beistehen. Von einer eigentlichen Not sei aber nie die Rede gewesen, sie habe ihn vielmehr nur der genannten Umstände wegen gerufen. Das Pärchen hatte in Brand ein Abteigemach gemietet, wofür Merker anfangs 20 Mk. und später 7 Mk. monatlich bezahlte. Von dem ermordeten Preßler erhielt Merker einen Ring geschenkt, den er für 40 Mk. wieder verkaufte. Von dem Mordplane der Grete Beier will er nichts gewußt haben. Er gab jetzt zu, in zwei Fällen von dem Vergehen der Grete Beier gegen § 218 R.-Str.-B. (Abtreibung einer Leibesfrucht), Kenntnis gehabt zu haben. Beihilfe stellt er in Abrede. Grete Beier habe ihm ihren Bräutigam P. und ihre Mutter als Helfer genannt. Das Urteil lautet auf zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

Die unsittliche Literatur. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat das zweifellose Verdienst, dann und wann zur Ergötzung der Geschworenen ein Wesentliches beizutragen. Da Vergehen durch die Presse im Lande Bayern immer noch trotz der bedrohlichen Nähe preußischer Kultur vor die Geschworenen kommen, so hatten sie in diesen Tagen wieder einmal zu befinden, ob einige im staatsanwaltschaftlichen Eifer beschlagnahmte Schriften zu vernichten waren und ihre Herausgeber und Verleger an Gesundheit und Geld zu büßen hätten. Die deutsche Normalsittlichkeit, die seit dem mehrfach geköpften, aber in Wirklichkeit ruhig weiter lebenden Lex Heinze alle Kulturäußerungen bedroht — trotz des ruhmreichen, aber selig entschlafenen Goethe-Bundes — sollte wieder ein dampfendes Opfer bekommen. Die unsittlichen Schriften waren natürlich erotischer Art und geeignet, Leuten, für die sie bestimmt sind, Wohlgefallen, und Leuten, für die sie nicht bestimmt sind, Ärgernis zu bereiten. „Das Lustwäldchen", eine Anthologie aus dem 17. Jahrhundert, und „Der Amethyst", eine kulturgeschichtliche erotische Zeitschrift, sollen ihr Herausgeber, Dr. Franz Blei, ein guter Kenner solcher Literatur, und der Verleger des ersten Buches, Hans v. Weber, sollten also gehörig an den Pranger gestellt, bestraft und vernichtet werden. Die Geschworenen ließen sich mit breitem Behagen die leckere Kost servieren und hörten schmunzelnd die wackeren Sachverständigen an, die mit den unvermeidlichen professoralen Vorbehalten nachwiesen, daß beide Werke künstlerischer Art und nicht unzüchtig seien. Der Staatsanwalt appellierte vergeblich an „den Seelenzustand der Durchschnittsmenschen", zu denen außer ihm niemand gehören wollte. Denn die Geschworenen ließen ihn ihren Unsprachen Bücher, Herausgeber und Verleger frei. Für die Herausgabe eines dritten Buches, eines aus dem Englischen übersetzten pornographischen Romanes „Fanny Hill", konnte Franz Blei nicht verantwortlich gemacht werden. Die Geschworenen haben mit ihrem Urteil bewiesen, daß sie jene Heuchelei, die immer ein Zeichen einer sinkenden und einem schlechten Gewissen beratenen Gesellschaftsschicht ist, nicht mitzumachen gedenken.

Aus Nah und Fern.

Lynar und Hohenau. Graf Lynar, der wegen des mit dem § 175 zusammenhängenden Vergehen gegen einen militärische Untergebene vom Kriegsgericht zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, soll dem Vernehmen nach, da das Urteil nunmehr rechtskräftig geworden ist, in der Strafanstalt in Tegel überführt werden, sofern nicht dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitete Urteil nicht auf dem Gnadenwege geändert wird. Lynar soll ein Gnadengesuch nicht eingereicht haben. — Der

gesprochenen, aber nach dem Gerichtserkenntnis ebenfalls schwer belasteten Grafen Hohenau wird demnächst ein vom Kaiser einzusetzendes militärisches Ehrengericht von 11 Mitgliedern abzuurteilen haben.

Selbstmord? Der Fabrikbesitzer Jan Sobecki wurde, wie man aus Posen telegraphiert, in seinem Kontor tot aufgefunden; er war an Gasvergiftung gestorben. Sämtliche Gashähne in seinem Arbeitszimmer waren aufgedreht. Es ist noch nicht festgestellt, ob Selbstmord vorliegt, doch ist dies sehr wahrscheinlich.

Christliche Fürsorgeerziehung. Das bekannte Greifswalder Mädchenheim hat am 21. November v. J. eine „unvermutete amtliche Revision" (die nach den scharfen Angriffen mit Sicherheit zu erwarten war) erfahren. Das Kuratorium veröffentlicht nun eine Abschrift des Revisionsberichts der beiden Ministerialkommissare, worin die äußere und innere Ausstattung der Gebäude und ihre Anordnung als mustergültig bezeichnet, dem Leiter und den Schwestern Anerkennung für ihre Tätigkeit ausgesprochen wird usw. Der wichtigste Passus lautet: „Die Angriffe auf sie (Leiter und Schwestern) entbehren bis auf die Strafe des Haarabschneidens, die nicht mehr verhängt werden darf, der tatsächlichen Unterlage." Diese Ausschreitung wird also amtlich zugegeben; im übrigen wird man von den Zuständen, die die Ministerialkommissare am 21. November vorgefunden haben, nur mit Vorsicht auf die Zustände zurückschließen dürfen, die am 27. August durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung aufgedeckt werden. Zu bemerken ist auch, daß z. B. gegen die im Revisionsbefund als „mustergültig" hingestellten baulichen Einrichtungen seinerzeit überhaupt kein Tadel laut geworden ist.

Eine Verbrecherjagd in der Kirche. Ein außerordentlich gefährlicher Verbrecher, Johann Donder, der wegen mehrerer schwerer Einbruchsdiebstähle verfolgt wurde, befand sich bis vor einigen Wochen im Gerichtsgefängnis in Kosel. Er sollte von dort zur Wahrnehmung eines Termins nach Gleiwitz gebracht werden, entsprang aber unterwegs seinem Transporteur und blieb seitdem verschwunden, trotzdem die Polizei des ganzen oberschlesischen Industriegebietes auf ihn Jagd machte. In Gleiwitz bemerkte der Kriminalbeamte Hammerla in der Nikolaistraße einen Mann, den er als den angesuchten Verbrecher Donder erkannte. Der Beamte ging auf den Verbrecher zu, faßte ihn am Arm und erklärte ihn mit den Worten „Donder, kommen Sie mit" für verhaftet. Der Verbrecher zuckte zusammen, griff aber im nächsten Augenblicke blitzschnell in seine Tasche und zog einen Revolver heraus, aus dem er einen Schuß auf die Brust des Beamten abfeuerte. Dann riß er sich los und entfloh in der Richtung der Nikolaikirche. Die Kugel hatte glücklicherweise die Stelle getroffen, wo der Beamte die Taschenuhr trug, die den Schuß abhielt. Donder war in der Zwischenzeit in das Innere der Peter-Paul-Kirche geflüchtet, und Hammerla veranlaßte sofort die Schließung der Türen, auch ließ er durch eine Anzahl Polizeibeamter die Kirche umstellen. In der Kirche sollte eben die Frühandacht ihren Anfang nehmen, und eine Anzahl Andächtiger befand sich bereits im Mittelschiff der Kirche, als Donder in die Kirche gestürmt kam und auf die Bänke sprang. Es entstand ein Tumult; der Verbrecher schrie wie wahnsinnig und gab von Zeit zu Zeit Schüsse auf die ihn verfolgenden Polizeibeamten ab, durch die ein Polizeisergeant und eine Frau schwer verletzt wurden. Die Aufregung stieg ins Ungeheuerliche; Frauen und Kinder schrien, da sie fürchteten, von den Kugeln getroffen zu werden, denn der Einbrecher tobte und sprang mit dem geladenen Revolver in der Hand noch immer auf den Bänken herum. Endlich gelang es Hammerla, den Verbrecher niederzuwerfen, und nachdem noch auf der Erde ein verzweifelter Kampf ausgefochten und Hilfe herbeigeholt war, den zwanzigjährigen außerordentlich starken Menschen unschädlich zu machen und ihm die Fesseln anzulegen.

Von unbefugter Hand die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Vor der Zweiten Strafkammer in Braunschweig wurde am 28. Januar eine Anklagesache verhandelt, die ein Sittenverbrechen zum Gegenstande hatte. In der Annahme, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehe, hatte ein Gendarmeriebeamter die Zugangstür zum Zuhörerraum des Gerichtssaales verschlossen, während das Gericht die Ausschließung der Öffentlichkeit nicht verfügt hatte. Als die Urteilsverkündung erfolgen sollte, wurde dem Gerichte gemeldet, daß der Zuhörerraum während der Dauer der Verhandlung abgeschlossen gewesen sei. Landgerichtsdirektor Lode erklärte, dadurch sei das ganze Verfahren nichtig geworden, und es bleibe nur übrig, die Hauptverhandlung von neuem wieder stattfinden zu lassen. Staatsanwalt Jacobs erklärte, dadurch, daß von unbefugter Hand der Schlüssel im Schloß der Zugangstür zum Zuhörerraum herumgedreht worden sei, sei die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, sondern höchstens sei dadurch der Zutritt erschwert worden, und er halte daher das stattgehabte Verfahren für gültig. Der Gerichtshof erklärte indes, laut „Br. Landesztg.", die Verhandlung für nichtig, und um dieselbe von neuem wieder stattfinden lassen zu können, mußte eine andere größere Verhandlungssache vom Gerichtshof vertagt werden.

Vergifteter Hochzeitswein. Aus Weißenfels wird gemeldet: Im benachbarten Gerstewitz erkrankten ein Gutsbesitzer und zwei seiner Gäste unter heftigem Erbrechen nach dem Genuß von Wein. Es stellte sich heraus, daß der Wein eine große Menge Arsenik enthielt. Es ist noch unbekannt, wie das Gift in den Wein gekommen ist. Die Erkrankten verdanken ihr Leben nur dem Umstand, daß Arsenik in ungelöster Form kurz vor dem Genuß in den Wein hineingemischt wurde und infolgedessen wenig gelöst war. Durch die Entdeckung ist unabsehbares Unglück verhütet, weil der Wein für eine Hochzeitsfeier bestimmt war. Der Staatsanwalt leitet eine Untersuchung ein.

Der Hund als Lebensretter. Aus Schweidnitz wird gemeldet: In der Grauenmühle wurde der Müller Anlauf im Getriebe erfaßt und wiederholt um die Welle geschleudert. Ein Hund, der den Unfall gesehen hatte, rief durch sein Geheul Hilfe herbei, sodaß der Verunglückte gerettet werden konnte, wenngleich er schwere Verletzungen erlitten hat.

Arge Früchtchen. Wie aus Kolomea gemeldet wird, haben die Schüler des dortigen Gymnasiums den wegen seiner großen Strenge verhaßten Professor Biekarski auf der Straße überfallen und ihn so schwer mißhandelt, daß er seinen Verletzungen erlegen ist. Mehrere der beteiligten Burschen wurden verhaftet.

Entwischt. Der zum Tode verurteilte Verbrecher Hire ist aus dem Gefängnis zu Gent entwichen.

Schnee in Afrika. Nach einer Meldung aus Algier haben seit vorgestern im Atlasgebiet heftige Schneestürme, eine Naturerscheinung, die seit Menschengedenken nicht mehr verzeichnet war. Mehrere Dörfer sind bereits völlig eingeschneit.

Aus einer kleinen Residenz.

Fürst: Ah! äh! Landtag will also das von mir gemachte Gesetz nicht annehmen?

Minister: Nein, Durchlaucht! Einstimmig abgelehnt!

Fürst: Skandal! Was sagten denn die Kerle?

Minister: Nichts — gar nichts! Bloß gelacht haben sie!

Fürst: Gelacht? Unerhört! das fordert Strafe! Sagen Sie dem Parlament, daß der Oberstallmeister von jetzt ab nicht mehr über die Landespferdezucht nachdenken darf!

Minister: Soll geschehen! (ab).

(Am nächsten Tag.)

Fürst: Nun, wie haben die Abgeordneten meine allerhöchste Ungnade aufgenommen?

Minister: Ach, Durchlaucht ich wags gar nicht zu sagen!

Fürst: Raus mit der Sprache! Ich will es wissen! Was haben die Kerle gesagt?

Minister: Nichts — gar nichts! Aber —

Fürst: Nun?

Minister: Gelacht haben sie wieder!

Fürst: Schon wieder? Das schreit um Rache! Sagen Sie den Burschen, daß von jetzt ab keiner mehr zum Hofball eingeladen wird!

Minister: Soll geschehen, Durchlaucht! (ab)

(Am nächsten Tag.)

Fürst: Haben Sie meinen Auftrag ausgerichtet?

Minister: Zu Befehl, Durchlaucht! Hochdero Ungnade ist den Sündern feierlichst verkündet worden!

Fürst: Und das Resultat?

Minister: Ach, Durchlaucht — diese Schwefelbande!

Fürst: Hat wohl wieder gelacht?

Minister: Leider! Leider! Ach, es lebt kein Respekt und keine Ehrfurcht mehr im Volke!

Fürst: Scheint mir auch so! Ist garnicht mehr wert, von mir regiert zu werden!

Minister: Durchlaucht, das wäre eine Idee!

Fürst: Wieso? Abdanken? Vor diesem Landtag? Und vor diesem Volk? Fällt mir garnicht ein!

Minister: Nein — nicht abdanken! Gott bewahre! Aber — aber — —

Fürst: Na — was denn?

Minister: Bloß drohen! Bloß damit drohen!

Fürst: Nein! Auch nicht! Ist mir zu riskant!

Minister: Durchlaucht meinen doch nicht etwa?

Fürst: Gewiß! denen ist alles zuzutrauen!

Minister: Durchlaucht fürchten also wirklich Republik?

Fürst: Unsinn! Aber Kerle könnten auch lachen und dann und dann —

Minister: Richtig! dann wären wir die Blamierten.

(„Südd. Postillon".)

Standesamtliche Nachrichten

vom 26. Januar bis 1. Februar 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

20. Januar. Tischler H. K. Wulkert. 22. Eisenbahn-Assistent J. H. Lorenzen. 23. Schlosser H. J. J. Fick. Maler A. A. J. Schierbeck. 24. Arbeiter O. W. L. Haehnke, (Schönböcken). Arbeiter W. F. H. Nehls. Schreiber F. H. A. H. W. Pries. 25. Maschinenmeister D. H. F. Schreiber. Apotheker R. H. Blaser. Glasermeister F. F. J. Müller. 26. Vermessungsgehilfe J. Jönsson. Kutscher J. Chr. H. Scharbau. 27. Bohrer O. H. Passarge. 28. Zimmermann C. J. H. A. Chr. Groht. Straßenreiniger F. Jazdzewski. Arbeiter M. A. Beth. 29. Arbeiter H. J. F. Fick. 30. Arbeiter H. F. J. Martens. Pianohändler C. F. P. Haußmann. Briefträger K. H. F. Hey.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

20. Januar. Kaufmann P. G. E. Kraemer. 22. Inspektor der Senats-Kanzlei H. C. E. Ey. Arbeiter W. F. K. Pauls. Schneider H. Finnern. 23. Holländer H. J. F. Klüß (Curau). Kutscher H. E. B. Steinfeldt. 24. Schneider P. G. W. Falkenhagen. 25. Arbeiter C. J. H. Chr. Liermann. Arbeiter Anton Stachowiak. Maschinenschlosser W. C. Reimers. 26. Klempner E. A. Brandstädter. Straßenreiniger H. E. W. Lübbe. Bureauarbeiter A. J. Gotthardt Rullmann. Schutzmann A. C. J. Heinke. 27. Handlungsgehilfe P. F. A. Klempau. 29. Mechaniker J. H. J. Behrens. Arbeiter C. M. Chr. Stormer.

Angeordnete Aufgebote.

28. Januar. Maler B. P. H. Dittmann in Schönböken und E. S. W. Scheel. 29. Schlachter F. C. J. H. Krohn und M. P. S. Ruhdel. Monteur S. Müller in Bogutschütz und A. P. Durynek in Bismarckhütte. 30. Bankbeamter S. Carlebach und R. Graupe in Jarotschin. Musiker K. R. Armstorff und L. P. D. Böstrow. Tischler J. J. F. C. Giebel und A. U. M. Fust in Bützow. 31. Kaufmann F. H. C. Faasch und E. C. M. Stender in Scharbeutz.

1. Februar. Zigarrenarbeiter H. C. A. G. Specht und A. A. A. Wendelborn.

Eheschließungen.

27. Januar. Malermeister H. L. R. Kelting und M. A. H. E. M. M. J. Schunck. Stationsarbeiter H. C. W. Broockmann und J. M. J. Paap. 31. Schutzmann H. C. A. L. Peters und F. M. E. Lörch. Maler F. R. A. Carstens und B. F. S. Wiencke. Krämer K. M. J. Müller und Witwe C. P. Kluge geb. Jäkel. Tischler R. M. A. Meier und D. M. H. Stühff.

1. Februar. Schlosser J. G. Korn und F. E. A. Dreyling. Tapezier und Dekorator F. C. W. Wiese und J. D. E. Fahr. Maurer H. F. W. Ahlers und M. M. D. Lüdemann. Former J. C. W. Arndt und C. A. H. Löwe. Tischler H. A. H. Kasper und M. C. Ch. Mull in Israelsdorf. Schlosser D. H. Sprick und J. Chr. E. Reich. Werkmeister L. H. H. J. Klatschow und A. Th. M. Plog. Vorarbeiter W. F. C. Bohm und W. Fl. M. Eichler. Arbeiter H. J. W. Trulsson und E. E. M. Tack in Radelübbe.

Sterbefälle.

24. Januar. J. E. F. Höppner, 71 J. 25. Arbeiter H. H. A. Bollow, 56 J. Former J. L. F. Rehn, 38 J. M. C. D. geb. Oldenburg, Witwe des Landjägers a. D. H. W. Schlüter, 84 J. J. D. C. geb. Barez, Witwe des Malers K. F. M. Brandt, 77 J. R. K. Osenbrüg, 1½ M. G. L. A. Pfeiffer, 2 J. B. D. S. geb. Egre, Witwe des Haupt-Zollamts-Assistenten H. F. O. Greßmann, 72 J. Arbeiter B. Röder, 57 J. 26. Ein totgeb. Mädchen, V.: Arbeiter H. F. Chr. Steinfath. A. C. F. Schrep, 67 J. J. Chr. A. geb. Schultz, Witwe des Postsekretärs a. D. F. H. May, 77 J. W. E. geb. Hinze, Witwe des Sattlers und Tapeziers J. H. Hase genannt Burmester, 74 J. A. A. L. Benng, 28 J. Th. E. geb. Lösener, Witwe des Generalleutnants A. F. G. von Linstow, 71 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Arbeiter F. C. Th. Bruhn. 27. Schlosser H. F. Chr. Benthien, 60 J. H. L. J. Krull, 1 J. C. M. geb. Fiege, Ehefrau des Boten H. F. Th. Holz, 71 J. F. S. L. H. geb. Blahs, Witwe des Postschaffners L. J. F. Bartholz, 69 J. F. M. C. A. Wilken, 26 J. M. R. Grundig, 1 J. 4 M. H. G. C. W. Paulsen, 64 J. 28. W. J. Chr. Godthusen, 1 M. W. A. C. geb. Grube, Witwe des Zigarrenmachers J. H. Chr. Kuhsen, 81 J. K. H. O. Liebich, 6 M. E. E. H. Bobzien, 1 M. E. Ditz, 1 M. Privatmann J. G. Hüttenhein, 58 J. 29. A. E. M. geb. Krieger, Ehefrau des Drehers P. R. E. Schröder, 28 J. P. K. G. Funk, 1 J. 3 M. Privatmann W. H. Martens, 83 J. C. M. Wriedt, 27 J. J. A. Klodt, 39 J. H. W. Wilinska, 4 M. 30. L. M. A. Sellmann, 2½ M. M. L. M. Steffens, 19 J. (Harbershorst.) 31. G. W. M. Becker, 24 T. K. M. E. geb. Koth, Witwe des Arbeiters J. H. P. Busch, 67 J. H. L. geb. Falk, Ehefrau des Arbeiters H. F. W. L. Chr. Tamm, 33 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Schmied J. H. L. Haack. H. A. E. Münchau, 5 M. Handlungslehrling B. R. H. Berke, 16 J. E. O. geb. Schröder, Witwe des Postsekretärs C. W. E. Holst, 56 J. Privatmann J. S. Steen, 70 J.

1. Februar. M. S. C. geb. Isernhagen, Ehefrau des Arbeiters F. H. A. Brügmann, 50 J. M. J. D. geb. Gramckau, Ehefrau des Magazinverwalters J. F. A. Fuhrmann, 63 J. C. Ch. D. geb. Stahl, Witwe des Kaufmanns A. Lücke, 86 J. G. Hansson, 1 J. M. F. S. geb. Wendelstorff, Witwe des Weinküfers A. H. H. Parbst, 74 J. C. M. H. geb. Myrau, verw. Kelling, geschiedene Ehefrau des Arbeiters C. O. F. Sitam, 54 J.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. Febr. Joachim Gehlsen, der Herausgeber der „Charlottenburger Stadtlaterne" und der „Deutschen Reichsglocke", ist am Sonntag morgen im Charlottenburger städtischen Krankenhause zu Westend, wohin er sich vor kurzem wegen eines inneren Leidens begeben hatte, verstorben. Gehlsen hatte es Jahrzehnte hindurch mit Charlottenburger und Berliner Gerichten zu tun, wohin ihn eine Anzahl gegen ihn angestrengter Beleidigungsprozesse führte. Zuletzt war sein Name aus Anlaß der Prozesse gegen Harden und Brand mehrfach genannt worden.

Berlin, 3. Februar. Zur zweiten Lesung der Zuckerkonvention stellten die Abgeordneten Dr. Wiemer, Dr. Pachnicke und Schweickhardt den Antrag, die Konvention mit der Maßgabe anzunehmen, daß die von den Verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Ermäßigung der Zuckersteuer von vierzehn auf zehn Mark für den Doppelzentner spätestens vom 1. Oktober 1909 ab durchgeführt wird unter der Voraussetzung, daß ein etwaiger Ausfall an Einnahmen aus der Zuckersteuer für die Reichskasse durch Beschaffung anderweitiger Mittel ausgeglichen wird.

Essen, 3. Februar. Heute abend wurde das Dienstmädchen Anna Stadtfels in Abwesenheit ihrer Herrschaft von dem stellungslosen Schlosser Mischuda überfallen und durch sechs Dolchstiche lebensgefährlich verletzt. Mischuda tötete sich dann selbst durch einen Stich in das Herz. Er hatte die Stadtfels mit Liebesanträgen verfolgt, die abgewiesen wurden. — Auf dem Stahlwerk Henrichshütte platzte heute eine mit flüssigem Eisen gefüllte Coquille. Durch die glühende Masse wurden 4 Arbeiter und ein Ingenieur verbrannt.

Köln, 3. Febr. Der Fuhrmann Küpper in Ehrenfeld warf seine Frau, mit der er in Streit geraten war, aus einem Fenster des dritten Stockwerks auf das Pflaster. Die Unglückliche blieb mit furchtbaren Verstümmelungen tot liegen. Der Mörder wurde verhaftet.

Literarisches.

Die „Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer). Soeben ist das 17. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Taktisches zur Blockpolitik. — Das politische System der Sozialdemokratie. Von Ant. Pannekoek. — Methoden der Kolonialverwaltung. Von K. Kautsky. — Zwei Schriften über Moral. Von G. Eckstein. — Die „passive Resistenz" im Leipziger Buchhandel. Von Paul E. Plottke (Leipzig). — Das argentinische Arbeitsamt. Von German Ave-Lallemant (San Luis, Argentinien). — Literarische Rundschau: Max Reichmann, Die christlichen Gewerkschaften. Ihr Werden, ihr Wesen und ihre Ziele. J. Giesberts, Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. C. Forschner, Der christliche Gewerkschaftsgedanke. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften. Von ad. br. Otto Ernst, Des Kindes Freiheit und Freude. Von h. sch. — Zeitschriftenschau. — Bibliographie des Sozialismus. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Preußischen Parteitages ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde. Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preußischen Staatszustände darbietet. Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 Mark; eine billige Ausgabe für Vereine 2c. kostet 50 Pfennig.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote" zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**